



Material

**Migration und
kommunale
Entwicklungszusam-
menarbeit verbinden**

**Dokumentation des Seminars
vom 28.08.2007**

Impressum:

Herausgeber:

InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn
Fon ++49/228/4460-1600, Fax++49/228/4460-1601,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 28
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy

Texte: Martin Haasler, Ulrich Held, Norbert Hölcker,
Irina Kausch, Ulrich Ketelhodt, Rose Sekoh,
Michael Treiber, Dr. Stefan Wilhelmy

Redaktion: Anna Durst, Ulrich Held, Dr. Stefan Wilhelmy

Titelgestaltung: dreimalig, Köln
Druck: Deller:>Druck
100% Recyclingpapier

Bonn, Dezember 2007

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

Das Pilotprojekt "Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen - Zusammenarbeit mit Diasporen" wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen des Projektes "Entwicklungspolitische Bildung und kommunale Partnerschaften" gefördert.

Die Reihe "Material" wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

*Migration und kommunale
Entwicklungszusammenarbeit verbinden*

Dokumentation des Seminars vom 28.08.2007
in der Akademie für Natur und Umwelt
des Landes Schleswig-Holstein in Neumünster

Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein



Akademie
für Natur und Umwelt
des Landes
Schleswig-Holstein

Die Durchführung des Seminars „Diaspora – Potenziale von Migrantinnen und Migranten in deutschen Kommunen für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer nutzen“ und die Erstellung der Dokumentation erfolgten in enger Kooperation mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein und der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein. Wir danken beiden Institutionen für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Grußwort | 5 |
| Vorwort | 6 |
| I. Einführung in das Thema | 7 |
| I.1 Zur Zusammenarbeit zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora – Das Projekt der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt..... | 7 |
| I.1.1 Vorbemerkung zur Einbindung des Themas in das aktuelle Diaspora-Projekt der SKEW | 7 |
| I.1.2 Begriffsklärungen | 7 |
| I.1.3 Einige Fakten zur Migration | 8 |
| I.1.4 Schlussfolgerungen für das SKEW-Projekt „Zusammenarbeit mit Diasporen“ | 11 |
| I.1.5 Anknüpfungspunkte an die Ziele des Nationalen Integrationsplans | 11 |
| I.2 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora in Schleswig-Holstein..... | 13 |
| I.3 Fragen und Diskussion zu den beiden einführenden Beiträgen | 16 |
| II. Ein Praxisbeispiel aus Schleswig-Holstein: Der Deutsch- Ghanaische Entwicklungshilfeverein | 17 |
| III. Die Zusammenarbeit mit Migranten und Migrantenvereinigungen in der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung | 21 |
| IV. Rückkehrerförderung | 25 |
| IV.1 Rückkehrförderung der AWO Schleswig-Holstein | 25 |
| IV.2 Mobile Perspektivenberatung für rückkehrwillige Flüchtlinge | 27 |
| IV.3 Zuschüsse für Rückkehrer durch ARGE | 29 |
| IV.4 Fragen und Diskussion zu den Beiträgen | 29 |
| V. MigrantInnen und Entwicklungszusammenarbeit – kirchliche Erfahrungen und Aktivitäten, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und Synergien | 30 |
| VI. Diskussion in Arbeitsgruppen | 35 |
| VI.1 Finanzierung von entwicklungspolitischen Diasporaprojekten | 35 |
| VI.2 Nichtmonetäre Beratung und Umsetzung von Diasporaprojekten | 35 |
| VI.3 Migration/Integration/Entwicklungszusammenarbeit..... | 35 |

| | | |
|---------------|--|-----------|
| VII. | Das Potential von Diasporagemeinschaften besser ausschöpfen: Instrumente des Bündnisses Eine Welt Schleswig-Holstein | 37 |
| VIII. | Pinnwand „Suche/Biete“ | 39 |
| IX. | Resümee und Ausblick | 40 |
| X. | Zusammenfassung des Seminars | 41 |
| XI. | Weitere Fördermöglichkeiten und Ansprechpartnern für entwicklungspolitische Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein | 43 |
| Anhang | | 45 |
| | Programm des Seminars am 28.08.2007: "Diaspora – Potenziale von Migrantinnen und Migranten in deutschen Kommunen für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer nutzen" | 45 |
| | Liste der Seminarteilnehmer/-innen:..... | 46 |
| | Abkürzungsverzeichnis | 48 |
| | Publikationen | 49 |

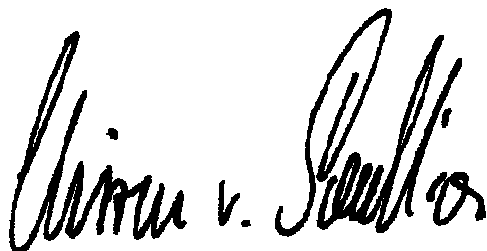
Grußwort

Die Bedeutung der kommunalen Ebene in der Entwicklungspolitik hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Sie ergänzt das vielfältige Engagement des Bundes auf diesem wichtigen Gebiet. Auch in den Schleswig-Holsteinischen Kommunen gibt es viele Menschen, die sich entwicklungspolitisch engagieren. Dies haben nicht zuletzt die vielfältigen kommunalen Projekte zur Tsunami-Katastrophe im Jahr 2004 gezeigt, die im Rahmen eines Festaktes am 10.01.2006 im Landtag angemessen gewürdigt werden konnten.

Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene kann sinnvoll umgesetzt werden, wenn sie sich an den Kernaufgaben der Kommunen orientiert und gleichzeitig Antworten auf Themen mit globaler Bedeutung wie Energieverbrauch, Umweltschutz, Klimaschutz, Armutsbekämpfung, Krieg und Frieden gibt. Die Emigration von Menschen aus Entwicklungsländern gehört zu diesen grundlegenden Herausforderungen.

Mit der Fachtagung „Diaspora – Potenziale von Migrantinnen und Migranten in deutschen Kommunen für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer nutzen“ in der Akademie für Natur und Umwelt in Neumünster wurde am 28.08.2007 dieses Thema für Schleswig-Holstein aufgegriffen. Mit über fünfzig Teilnehmern und vielen weiteren interessierten Nachfragern war die Veranstaltung erfolgreich: Es ist gelungen, sektorübergreifend Diskussionen anzustoßen, verschiedene Partner gezielt ins Gespräch zu bringen und Folgeaktivitäten mit interessierten kommunalen Akteuren in Schleswig-Holstein zu vereinbaren und einzuleiten.

Diese Tagung und die dazu nun vorliegende Dokumentation sind eine Grundlage für die weitere Zusammenarbeit von entwicklungspolitischen Akteuren aus Schleswig-Holstein und darüber hinaus. Diese Dokumentation soll Ihnen hierfür auch neue Impulse und Anregungen geben.



Dr. Christian von Boetticher
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Vorwort


Es erscheint nahe liegend, Menschen aus Entwicklungsländern, die hier leben und sich für ihre Herkunftsländer einsetzen, in die Entwicklungszusammenarbeit von Kommunen einzubinden. Gleichwohl ist dieser Gedanke neu und in der Praxis deutschlandweit kaum erprobt. Ihm geht ein aktueller, doppelter politischer Perspektivwechsel voraus:

- Lange Zeit wurde Migration unter Entwicklungsexperten überwiegend als Verlust an kompetenter Arbeitskraft für das Herkunftsland gesehen. Dass Emigration auch Nutzen für die Herkunftsländer bedeuten kann, wurde hingegen kaum wahrgenommen. Dies änderte sich durch eine Weltbankstudie über die Höhe der Rücküberweisungen von Migrant/-innen, die seit Jahren die Investitionen der internationalen Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) weit übersteigt und einen beachtenswerten Beitrag zur Armutsbekämpfung leistet. Infolge dieser Studie öffnete sich die Debatte. So wird neben dem *brain drain* heute auch intensiv ein möglicher *brain gain* diskutiert.
- Die Integrationsdebatte in Deutschland hat sich lange auf Defizite und Probleme konzentriert. Potentiale wurden kaum gesehen. In vielen Städten und mittlerweile auch im Bund setzt sich nun aber eine Perspektive durch, die in Menschen mit Migrationshintergrund auch spezifische und förderungswürdige Potentiale wahrnimmt, zum Beispiel für die Wirtschaft (Stichworte: ethnische Ökonomien, *Diversity Management*).

Wir wollen diese neuen Sichtweisen aufgreifen und Schnittstellen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Migration auf lokaler Ebene nutzen: Denn eine engere Kooperation in diesen Bereichen kann die kommunale Nord-Süd-Arbeit stärken und zugleich die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern. Ihre Potentiale für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit liegen nicht nur in Rücküberweisungen und Investitionen, sondern auch in dem in Deutschland erworbenen Know-how, in ihren Landes-, Sprach- und Kulturkenntnissen, Geschäftsbeziehungen und anderweitigen Kontakten in das Herkunftsland.

Jedes dieser Potentiale kann für Projekte kommunaler Entwicklungszusammenarbeit sehr wertvoll und förderlich sein. Über die Potentiale der Migrant/-innen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu informieren und Wege aufzuzeigen, sie in entwicklungspolitisches Engagement einzubinden, ist Ziel dieser Veröffentlichung und des ihr zugrunde liegenden Seminars „Diaspora – Potenziale von Migrantinnen und Migranten in deutschen Kommunen für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer nutzen“ in Neumünster, vom 28.08.2007.

Die Veranstaltung und die dazu nun vorliegende Dokumentation sind in ein bundesweites Projekt eingebettet, das die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchführt. Im Rahmen dieses Projektes sollen in enger Zusammenarbeit mit Modellkommunen und lokalen Akteuren sowohl die entwickelten Integrationskonzepte hinsichtlich der Einbindung der Diasporen in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als auch die vorherrschende Praxis untersucht und weiterentwickelt werden. In einem weiteren Schritt werden dann Handlungsempfehlungen zur Übertragbarkeit auf andere Kommunen erarbeitet. Bei der Einbindung von schleswig-holsteinischen Modellkommunen in das Projekt werden das Land Schleswig-Holstein und die SKEW auch weiterhin eng zusammenarbeiten.



Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

I. Einführung in das Thema

I.1. Zur Zusammenarbeit zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora – Das Projekt der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Dr. Stefan Wilhelmy, Projektleiter „Interkulturelle Kompetenzbildung – Zusammenarbeit mit der Diaspora“ in der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH (SKEW), Bonn

I.1.1. Vorbemerkung zur Einbindung des Themas in das aktuelle Diaspora-Projekt der SKEW

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) führt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ein Projekt zur Zusammenarbeit mit Diasporen als Beitrag zur interkulturellen Kompetenzbildung in deutschen Kommunen durch. Ziel dieses Projektes ist, die entwicklungspolitischen Potenziale von Diasporen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit besser nutzen zu können und die Zusammenarbeit zwischen Migrant/-Innen aus Entwicklungsländern (bzw. Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Organisationen) und den Akteuren der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (u.a. Kommunen, lokale Nichtregierungsorganisationen) zu intensivieren. Dazu sollen in enger Zusammenarbeit mit bundesweit ca. zehn Modellkommunen sowohl die entwickelten Konzepte zur Einbindung der Diasporen als auch die vorherrschende Praxis untersucht und weiterentwickelt werden. In einem weiteren Schritt werden dann Handlungsempfehlungen zur Übertragbarkeit auf andere Kommunen erarbeitet.

Wichtig ist uns dabei, zu positiven Definitionen der Begriffe Diaspora/Migration/Integration zu kommen und dabei die Perspektive der Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Der Blick soll auf die Potenziale der Migrant/-innen und ihre Rolle als Wissensträger für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit ihren Herkunftsländern gelenkt werden. Das Projekt bildet den Schwerpunkt innerhalb des SKEW-Zukunftsthemas Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen und hat zunächst eine Laufzeit bis Ende 2009. Das aktuelle Seminar stellt in diesem Kontext einen wichtigen Auftakt zum Austausch mit den in diesem Bereich relevanten Akteuren dar. Andererseits ist durch das Projekt gewährleistet, dass die während des Seminars aufkommenden Fragestellungen in einer längerfristigen Perspektive behandelt und vertieft werden können.

I.1.2. Begriffsklärungen

Migration (lateinisch Migratio – Auswanderung, Wanderung): Soziologischer Begriff für alle Formen räumlicher Mobilität von Individuen, (religiösen, ethnischen etc.) Gruppen, Minderheiten und Volksteilen.

Ausländer: Jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des GG ist, d.h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. *Staatsbürger* sind auch die Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Statusdeutschen) im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 (vor allem Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler und ihre Angehörigen).

Unterschiede zwischen Ausländern und Migranten:

- Im Inland geborene Kinder von Ausländern sind Ausländer, aber keine Migranten.
 - Statusdeutsche sind keine Ausländer, aber Migranten.
 - Einen Migrationshintergrund haben beide Gruppen.
 - Migrationserfahrung haben aber nur diejenigen, die selbst gewandert sind.
-

Diaspora (griechisch: Verstreutheit): ursprünglich a) die unter Anders- oder Ungläubigen zerstreut lebenden Mitglieder einer Religionsgemeinschaft sowie b) die Gebiete, in denen sie wohnen. Angewandt wurde der Begriff insbesondere auf die jüdische Diaspora.

Nach aktuellem Begriffsverständnis: ethnische Gruppen, die ihr Heimatland und ihren traditionellen Kulturkreis verlassen haben und im Ausland leben, sowie die Gebiete in denen sie leben.

Diaspora kann im modernen Verständnis auch einfach eine Minderheitssituation aufgrund von Hautfarbe, Religion, Kultur etc. bezeichnen.

Begriffliche Unschärfen existieren aufgrund uneinheitlichen Gebrauchs und der Vielfalt der bezeichneten Phänomene. Folgende Fragen spiegeln manche der Schwierigkeiten:

- Bezeichnet Diaspora ein Ort oder eine soziale Gruppe oder beides?
- Lebt jeder Migrant in der Diaspora? Z.B. ein polnischer Saisonarbeiter in Deutschland oder ein chinesischer Bauer auf Arbeitssuche in Shanghai?
- Welches Maß an Homogenität zeichnet eine Diaspora aus? Reicht ein einziges Identitätsstiftendes Merkmal des Anders-Seins oder muss es eine gemeinsame Religion, die Herkunftsnation oder Ethnie sein?

I.1.3. Einige Fakten zur Migration

Globale Migration

Umfang:

- 2000: 175 Mio. Menschen (länger als ein Jahr außerhalb des Heimatlandes)
- 2005: 200 Mio. Menschen = ca. 3% der Weltbevölkerung

Tendenzen:

- Globalisierung (mehr Ziel- und mehr Herkunftsländer)
- Feminisierung: heute sind über 50% der Migranten weiblich
- Migration von Hochqualifizierten nimmt zu

Zielregionen:

- Seit den 1950er Jahren: Zuwanderungsgewinne für Industrieländer aus Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. In den 1990 Jahren durchschnittlich 2,6 Millionen Menschen jährlich.
- Zwischen 2004 und 2005 nahm die Zuwanderung in OECD-Staaten um 10-11% zu.
- Rund 60 Prozent der Migranten leben in den entwickelten Weltregionen; die meisten in Europa (56 Mio.), Asien (50 Mio.) und Nordamerika (40 Mio.).

Herkunftsregionen:
Die meisten Migranten kommen aus Asien (Süd- und Ostasien); als Herkunftsregionen folgen Lateinamerika und Afrika auf dem zweiten und dritten Platz.

Ursachen der Migration

Ökonomische Gründe: Relative Armut und Perspektivlosigkeit für die persönliche Entwicklung als sog. *Push-Faktoren*, höheres Pro-Kopf-Einkommen und Kaufkraft im Zielland, aktive Anwerbung oder eine liberale Gesetzgebung bei der Vergabe von Arbeitserlaubnissen als *Pull-Faktoren*.

Politische und soziale Gründe: Push-Faktoren sind Kriege und Bürgerkriege, politische Verfolgung von Minderheiten oder soziale Spannungen etc. (oft begleitet von Binnenflucht) Pull-Faktoren sind eine tolerante, friedliche Gesellschaft und eine liberale Asylgesetzgebung.

Demographische Gründe: Starkes Bevölkerungswachstum ist ein Push-Faktor, sinkendes Bevölkerungswachstum bzw. Bevölkerungsabnahme z.B. in europäischen Ländern sind Pull-Faktoren (aktive Zuwanderungspolitik, Fachkräftemangel).

Ökologische Gründe: Naturkatastrophen, Übernutzung von Landflächen, Ressourcenknappheit (Wasser und Nahrung), großflächige Umweltzerstörung, Ausdehnung von Industrieflächen etc.

Zusammenfassend kann man sagen, dass eine Mischung aus Mangel, Perspektivlosigkeit, politischer Unfreiheit oder Repression und Intoleranz Menschen zur Migration treibt. Vor diesem Hintergrund haben wohlhabende, tolerante Industriegesellschaften eine hohe Attraktivität, die durch liberale Zuwanderungsgesetze noch gesteigert wird.

Arten der Migration

Aufgrund schlechter Datenlage gibt es hierzu nur grobe Schätzungen.

Familiennachzug: Schätzungsweise der größte Anteil der Neuzuwanderung, abhängig von nationalen Gesetzgebungen der Zielländer

Arbeitsmigration: Für eine dauerhafte oder kurzfristige Tätigkeit Ausreisende bilden den zweitgrößten Anteil der Migrant/-innen. Im Zuge der Globalisierung nimmt Pendelmigration (Saisonarbeit) und die Migration Hochqualifizierter zu. Arbeitsmigration wird durch nationales Recht zumeist restriktiv gesteuert; Daueraufenthalt zu Arbeitszwecken ist selten rechtlich vorgesehen (USA, Kanada, Australien, sehr begrenzt auch die Greencard in Deutschland). Besonders in europäischen Ländern wie Belgien, Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweden und das Vereinigte Königreich kommen ca. 30-40% der dauerhaft Zuwandernden zu Arbeitszwecken.

Fluchtmigration: Flucht und Asyl ist die dritte wichtige Gruppe. Nach UNHCR machen sie etwa 10% der gesamten Wanderungsbewegung aus. 1992 – 2004 hat sich die durchschnittliche Wanderung der anerkannten Flüchtlinge pro Jahr von 18 Mio. auf 9 Mio. Menschen halbiert. Die Zahl der Asylanträge ist in den OECD-Ländern 2005 nochmals um 15% gesunken. Die Zahl der nicht anerkannten Flüchtlinge ist jedoch stark gestiegen: 2004 war UNHCR für 19 Mio. Flüchtling zuständig. Wegen der vielen innerstaatlichen Konflikte und wegen der verschärften Einreisebedingungen in einigen Industriestaaten haben die Binnenflüchtlinge in den 1990er Jahren zugenommen: 2003 waren es etwa 5,4 Mio. Menschen.

Irreguläre Zuwanderung: Irregulär kann die Einreise, der Aufenthalt oder die Arbeitstätigkeit sein; 1/8 bis 1/4 der Migrant/-innen sind nach Schätzungen in irregulären Lebenssituationen. Diese Gruppe ist vermutlich im letzten Jahrzehnt am stärksten angestiegen.

Beiträge der Migrant/-innen zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer

Rücküberweisungen: 2005 ca. 167 Mrd. US-Dollar, mehr als doppelt so hoch wie öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA) der IL. Darunter befinden sich auch erhebliche Investitionen (z.B. 70% der jährlich ca. 40 Milliarden US-Dollar umfassenden privaten Direktinvestitionen in China.) Ein zentrales Problem bei Rücküberweisungen sind die hohen Transaktionsgebühren.

Wirtschaftsbeziehungen: Zum Beispiel der Beitrag der indischen Diaspora zur Entwicklung der IT-Branche in den USA, zugleich hat die Softwareindustrie in Indien ebenfalls eine führende Position auf dem Weltmarkt erlangt. Zweites Beispiel: Die lateinamerikanische Diaspora hat zu einer Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und lateinamerikanischen Ländern beigetragen.

Rückkehrer: Zum Teil hochqualifizierte Fachkräfte, die nach Jahren oder Jahrzehnten mit Kapital und Know-how in ihre Heimat zurückkehren.

Einsatz für die Herkunftsländer/ Brain Gain: Vor allem bei Schwellenländern wie Indien, China, Taiwan und Mexiko scheint sich der *brain drain* in einen *brain gain* umzuwandeln. Ein Beispiel

für die Förderung des Engagements für die Herkunftsländer ist MIDA - *Migration for Development in Africa* der OECD: MIDA arbeitet mit im Ausland lebenden afrikanischen Fachkräften, die zur Entwicklung ihrer Heimatländer beitragen wollen, ohne dass sie notwendigerweise auf Dauer in die Heimat zurückkehren. *Kehrseite*: Abwanderung Hochqualifizierter, *brain drain*, ist oft ein Entwicklungshemmnis für die betroffenen Entwicklungsländer. Beispiel Gesundheitssektor: Im Jahr 2000 stammten 11% des Krankenpflegepersonals und 18% der Ärzte im OECD-Raum aus dem Ausland. In Simbabwe waren im Jahr 2000 von 1.200 Ärzten, die von 1990-1999 ausgebildet wurden, noch 360 im Land. Die Hälfte aller in Äthiopien, Ghana und Sambia ausgebildeten Ärzte hat ihr Heimatland verlassen.

Migration in Deutschland

1999 bis 2003 wanderten durchschnittlich rund 840.000 Menschen pro Jahr zu (davon 77 % Ausländer), gleichzeitig aber auch 640.000 Menschen ab (81 % Ausländer). Wanderungssaldo: 200.000 Menschen.

Mikrozensus 2005: 15,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland, davon 96% im früheren Bundesgebiet und in Berlin. Mit 7,3 Millionen sind weniger als die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund Ausländer/-innen. 8,0 Mio. sind Deutsche. 10,4 Mio. haben eigene Migrationserfahrung.

Fast 62% der nach Deutschland Zugewanderten kommen aus Europa.

Ca. 47% der Ausländer, aber nur 29% der Deutschen leben in Großstädten (über 100.000 Einwohner); besonders hohe Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund haben Stuttgart mit 40%, in Frankfurt/Main mit 39,5% und in Nürnberg mit 37%.

Die neun wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei (mit 14,2% aller Zugewanderten), die Russische Föderation (9,4%), Polen (6,9%), Italien (4,2%), Rumänien sowie Serbien und Montenegro (jeweils 3,0%), Kroatien (2,6%), Bosnien und Herzegowina (2,3%) sowie Griechenland (2,2%).

Methodische Fragen und Probleme im Hinblick auf das Thema "Diaspora und kommunale EZ"

Abgrenzung der Zielgruppen und Akteure nach Herkunftsregionen: Welche Migrantengruppen sollen als Partner für kommunale Nord-Süd-Arbeit angesprochen werden? (In der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit vorherrschend sind die "Länder des Südens": Afrika, Lateinamerika, Asien.)

Unzureichende Datengrundlage: Die Kommunalstatistik liefert oft nur wenige Informationen über Art und Umfang von Diaspora. Wie kann man damit umgehen und wie lässt sich das verbessern?

Es gibt konzeptionelle Probleme bei der Erfassung und Bewertung der Potenziale auf kommunaler Ebene (z.B. Umfang von Rücküberweisungen der Migrant/-innen für Kommunen nur schwer zu erfassen, auch der Zugang zu irregulär Zugewanderten ist problematisch).

Auswirkungen nationaler und internationaler Ansätze auf Kommunen (z.B. aktuell die Propagierung zirkulärer Migration im nationalen Kontext): Welche Akteure sind in den Kommunen einzu beziehen? Wo bestehen Anknüpfungsmöglichkeiten an bereits laufende Projekte, Förderprogramme etc.

I.1.4. Schlussfolgerungen für das SKEW-Projekt „Zusammenarbeit mit Diasporen“

Leitfragen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Aus den genannten Aspekten ergeben sich einige zentrale Leitfragen, die wir im Rahmen des eingangs erwähnten Projektes gemeinsam mit bundesweit ca. zehn Modellkommunen behandeln und vertiefen werden. Zu diesen Fragen zählen u.a.:

Worin liegen die Herausforderungen und Potenziale der Migration?

- Entwicklungspolitische Potenziale von Diasporen (Know-how, Rücküberweisungen, kultureller Austausch etc.).
- Mögliche Impulse für die Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften.
- Soziale Aspekte gelingender bzw. misslungener Integration für die deutschen Kommunen.
- Einbindung der Diasporen in die kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien.

Wie ist der "Standard bzw. Alltag" in deutschen Kommunen bezüglich Integration und Diasporen?

Welche Vorreiter und Modelle lassen sich im konzeptionellen Bereich und in der praktischen Umsetzung identifizieren?

Wie lässt sich die Relevanz der Diasporen für die Entwicklungszusammenarbeit der Kommunen verdeutlichen (z.B. durch Daten zu Umfang und Struktur der jeweiligen lokalen Diasporen, zum Organisationsgrad und zur Beteiligung von Migrant/-innen in der KEZ)?

Bei diesen Punkten ist eine Unterscheidung der Kommunen nach Größenklassen zu berücksichtigen, d.h. es sind Kommunen unterschiedlicher Größe in die Untersuchungen einzubeziehen und gesondert hinsichtlich ihrer bestehenden Maßnahmen und der Potentiale zu betrachten, da in kleineren Kommunen andere Handlungsmöglichkeiten und Probleme bestehen als in großen.

Nächste Schritte im Rahmen des Projektes „Zusammenarbeit mit Diasporen“

- Derzeit Vorrecherchen zu konzeptionellen und praktischen Vorreitern, Vergabe einer Kurzstudie über Vorreiter.
- Identifizierung geeigneter fachlicher Kooperationspartner (für Expertisen, Workshops und Fachtagungen).
- Vergabe eines Gutachtens zu den genannten Leitfragen.
- Einzelberatung der Modellkommunen.
- Durchführung eines Workshops mit den Modellkommunen.
- Durchführung einer Fachtagung.
- Erstellung eines Leitfadens „Entwicklungspolitische Potenziale kommunaler Integrationspolitik“ für die Reihe Dialog Global.

I.1.5. Anknüpfungspunkte an die Ziele des Nationalen Integrationsplans

(Kommunale) Entwicklungszusammenarbeit kommt im Nationalen Integrationsplan nicht direkt vor, die Leitlinien der Bundesregierung, die Selbstverpflichtungen der Länder und insbesondere der Kommunen bieten aber zahlreiche Anknüpfungspunkte. Erfolgreiche Integration, der Bundesregierung zufolge,

- heißt Dialog und enge Zusammenarbeit: Der Nationale Integrationsplan ist das Ergebnis einer engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit Migrant/-innen. Es ist der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und der nichtstaatliche Bereich Migrant/-innen

und ihre Organisationen stärker in Planung und Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen.

- weckt und nutzt Potenziale: Sie setzt auf die vielfältigen Fähigkeiten, die Leistungen und das Engagement der Migrant/-innen, vermeidet Klischees und sieht Probleme als Herausforderung und Chance zur weiteren Entwicklung der Gesellschaft. sieht die Schlüsselrolle von Frauen mit Migrationshintergrund: Es sind gerade die Frauen, die in Beruf und Familie, aber auch mit ihrem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagement die Integration der nächsten Generation entscheidend prägen. Deshalb müssen wir die Potenziale von Frauen und Mädchen stärken. Stärkere Prävention und verbesserter Schutz vor häuslicher Gewalt sind unerlässlich.
- baut auf eine aktive Bürgergesellschaft: Integration ist nicht allein Aufgabe des Staates. Sie erfordert eine aktive Bürgergesellschaft, in der möglichst viele Menschen Verantwortung übernehmen und Eigeninitiative entwickeln.
- gewinnt ihre Kraft aus der Verantwortung und dem Engagement aller Beteiligten: Nachhaltig, wirksam und konkret wird der Nationale Integrationsplan, weil sich alle Akteurinnen und Akteure mit eigenen Beiträgen beteiligen. Verbindlichkeit erlangt er durch die rund 400 Selbstverpflichtungen, die alle Mitwirkenden eingegangen sind. ist Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen: Bund, Länder und Kommunen verpflichten sich zu einer aktivierenden und nachhaltigen Integrationspolitik. Einzelmaßnahmen müssen allerdings noch besser aufeinander abgestimmt werden.
- muss zielgerichtet erfolgen: Migrant/-innen bilden keine homogene Gruppe. Deshalb sind Förderkonzepte gezielt an den Einzelnen, ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten und ihrem Integrationsbedarf auszurichten. orientiert sich an Fakten: Deshalb müssen Forschung, Statistik und unser Wissen um die Rahmenbedingungen gelingender Integration deutlich verbessert werden. Neben der Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit muss auch der Migrationshintergrund als Kriterium für die Planung und Überprüfung von Integrationspolitik herangezogen werden.
- muss sich an klaren Indikatoren messen lassen: Diese müssen fortentwickelt und zur Grundlage einer regelmäßigen Berichterstattung und Evaluation werden.

Zentral für unser Vorhaben: Angesichts der Breite der aktuellen Integrationsansätze muss für die Diskussion über Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora der Nord-Süd-Schwerpunkt des Ansatzes gewahrt werden.

Kontakt

Servicestelle Kommunen in der Einen
Welt/InWEnt gGmbH
Dr. Stefan Wilhelmy
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Fon: 0228 / 4460 1774
Fax: 0228 / 4460 1601
E-Mail: stefan.wilhelmy@inwent.org

I.2. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora in Schleswig-Holstein

Norbert Hölcker, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Vorbemerkung: Der in dieser Präsentation gegebene Überblick über Aktivitäten in Schleswig-Holstein erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Die Übersicht ist das Ergebnis einer Recherche in ausgewählten Kommunen.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein

- Im Zeitraum 2004 bis 2007 bestanden in ca. 20 Kommunen entwicklungspolitische Aktivitäten. Viele Aktivitäten wurden im Rahmen der Tsunamihilfe initiiert. Die Form des Engagements, die Einbindung der jeweiligen lokalen kommunalen Akteure und die Qualität der Projekte sind individuell sehr unterschiedlich.
- Kommunen konzentrieren sich heute wieder stärker auf ihre Kernaufgaben. Die überwiegende Zahl der kommunalen Entwicklungsprojekte ist abgeschlossen oder ausgelaufen. Entwicklungszusammenarbeit ist in den Kommunen derzeit vieler Orts ein Randthema. Lokale Projekte der Entwicklungszusammenarbeit werden überwiegend von NRO, Einzelpersonen und der Kirche getragen.
- Die Mitarbeiter/-innen in den entwicklungspolitisch aktiven Kommunalverwaltungen haben besonders im Zeitraum 2004 bis 2007 solide praktische Erfahrungen und umfangreiche Kenntnisse zu entwicklungspolitischen Fragestellungen und Projektabwicklung erworben. Bereits vor 2004 gab es vereinzelt Kenntnisse in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die auf langjährig gewachsenen Nord-Süd-Kooperationen beruhen (wie zum Beispiel in den Städten und Gemeinden Eckernförde, Plön, Aukrug oder Geesthacht).
- Das Interesse an der Fortsetzung oder dem Beginn neuer entwicklungspolitischer Projekte ist in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich ausgeprägt: Das Meinungsspektrum der Verantwortlichen in den Kommunen reicht von klarer Ablehnung, erneut entwicklungspolitische Projekte aufzunehmen, über Interesse an neuen Projekten bis zu großem Engagement in bestehenden Projekten.

Entwicklungspolitische Aktivitäten der Diaspora

- Oft sind Einzelpersonen engagiert, die durch persönliche Kontakte im Rahmen binationaler Partnerschaften/Ehen, familiäre Bande oder Freundschaften mit den jeweiligen Entwicklungsländern verbunden sind.
 - Die aktiven Migrant/-innen sind meist lange und gut in Schleswig-Holstein verwurzelt.
 - Nur vereinzelt sind entwicklungspolitische Aktivitäten der Diaspora mit Aktivitäten der lokalen Kommunalverwaltung in Schleswig-Holstein vernetzt.
 - Der überwiegende Teil der Diaspora in Schleswig-Holstein agiert nicht in entwicklungspolitischen Projekten.
-



Quelle: eigene Darstellung Norbert Hölcker.

Die Karte weist Kommunen aus, von denen nach Kenntnis des MLUR Aktivitäten im Spannungsfeld Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora im Zeitraum 2004 – 2007 ausgegangen sind.

Entwicklungspolitische Aktivitäten der Diaspora – Herausforderungen

- Die Thematik, Potentiale und Fördermöglichkeiten sind für viele Kommunen weitgehend unbekannt.
- Unterschiedliche Zuständigkeiten in den Kommunen für die Arbeit mit Migrant/-innen erschweren es, diese zu kontaktieren und ihre Potentiale für die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.
- Die Kommunen beziehen Migrant/-innen kaum in ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit ein.

Das Thema „Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora“ stellt für viele kommunale Akteure in Schleswig-Holstein Neuland dar. Einige von ihnen sind aber durchaus interessiert, die Zusammenhänge von Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora als neuen Impuls aufzunehmen und auf lokaler Ebene zu verfolgen.

Entwicklungspolitische Aktivitäten der Diaspora – Ansatzpunkte

1. Potentiale für Kommunen und Diaspora identifizieren und benennen.
2. Rahmenbedingungen verbessern, z.B. durch Vernetzung von engagierten Kommunen, Aktiven aus entwicklungspolitischen Projekte ohne Beteiligung von Migranten und entwicklungspolitisch aktiven Migrant/-innen.
3. Migranten offensiv ansprechen, ermutigen, Kontakte aufzeigen, Fördermöglichkeiten benennen und anbieten.
4. Gezielt geeignete binationale Partnerschaften für entwicklungspolitische Zusammenhänge und Potentiale von Diasporaprojekten sensibilisieren.
5. Vernetzung von Migrant/-innen aus entwicklungspolitischen Projekten (AG, Tagung etc.).

6. Vernetzung von Kommunen, in denen entwicklungspolitische Projekte der Diaspora existieren.
7. Vorhandene Möglichkeiten zur materiellen und immateriellen Unterstützung von Kommunen und Migrant/-innen bekannt machen, geeignete Migrant/-innen identifizieren und gemeinsame Schritte abstimmen. Besonders im Rahmen der kommunalen Migrationsarbeit und bei den Aktiven der bereits bestehenden Diaspora-Projekte bestehen Ansatzpunkte für Informationsweitergaben. Zu den Unterstützungsmöglichkeiten zählen z.B. Angebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM), des World University Service (WUS), Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI), des Freiwilligen Ökologischen Jahrs (FÖJ), BINGO-Förderung u.a. (siehe Übersicht der Fördermöglichkeiten im Anhang).

Das Land Schleswig-Holstein wird in diesem Aktionsfeld als Scharnier zwischen Bundesebene und Kommunen fungieren und innerhalb des Landes Prozesse moderieren.

Kontakt

Land Schleswig Holstein
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume
Herr Norbert Hölcker
Mercatorstraße 3
24106 Kiel
Tel.: 0431 988-7151,
E-Mail: norbert.hoelcker@mlur.landsh.de

I.3. Fragen und Diskussion zu den beiden einführenden Beiträgen

Wenn die Potentiale der Migrant/-innen für ihre Herkunftsländern so hervorgehoben und sie in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden, so wurde gefragt, wie wird dann vermieden, dass sie in Deutschland verantwortlich gemacht werden für Entwicklungen in ihrer Heimat? Dr. Wilhelmy (InWEnt) betonte daraufhin, dass es nicht darum gehe, Migrant/-innen in die Verantwortung für ihre Heimatländer zu nehmen. Stattdessen wolle man eine neue Perspektive auf Migrant/-innen entwickeln und in ihnen nicht nur Probleme sehen, wie das in der deutschen Integrationsdebatte, aber auch in der Entwicklungspolitik (Stichwort: brain drain) Tradition hat. Ziel ist es, auch ihre Potentiale für die Herkunftsländer (brain gain, Rücküberweisungen, interkulturelle Kompetenz) und Zielländer – respektive für die deutschen Kommunen – sichtbar zu machen und zu fördern.

Auf die Frage, wie Rücküberweisungen erhoben werden, informierte Frau Kausch (GTZ), dass der Internationale Währungsfond (IWF) die internationalen Überweisungen misst und dies in Deutschland im Wesentlichen durch die Deutsche Bundesbank übernommen wird.

Kritisch eingeworfen wurde, dass angesichts der Arbeitslosigkeit vieler, gerade auch jugendlicher, Migrant/-innen bei ihnen von Rücküberweisungen keine Rede sein könne. Basis für Leistungen, die Migrant/-innen für ihr Heimatland erbringen könnten, sei es, zunächst in Deutschland Chancen auf Arbeit zu haben und die Integration hier zu verbessern.

Auch wenn eine Vertiefung dieser generellen Integrationsproblematik nicht im Tagungsprogramm vorgesehen war, wurde anerkannt, dass es sich hier um eine Grundvoraussetzung handelt, um den Nutzen der Diaspora für die EZ zu diskutieren. Deshalb wurde dem Thema durch eine neue eingerichtete Arbeitsgruppe für den Nachmittag zusätzlich Raum gegeben (siehe Arbeitsgruppe 3 in Kapitel II 7.3), um der Frage nachgehen zu können, wie bei der künftigen Behandlung des Themas „Diasporen und kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ der spezifische Nord-Süd-Fokus des Ansatzes beibehalten werden kann, ohne grundlegende Integrationsaspekte gänzlich auszublenden.

II. Ein Praxisbeispiel aus Schleswig-Holstein: Der Deutsch-Ghanaische Entwicklungshilfeverein

Referat von Rose Sekoh, Vorsitzende des Deutsch-Ghanaischen Entwicklungshilfevereins e.V., Kiel

Zu meiner Person: Ich bin in Accra/Ghana geboren und von Beruf Krankenschwester. Seit 1987 lebe ich in Kiel und habe die deutsche Staatsbürgerschaft seit 2002. Als Afrikanerin kenne ich die Mentalität und die Kultur meiner Landsleute und spreche vor dem Hintergrund meiner persönlichen Erfahrungen mit Migrant/-innen aus Afrika.

Wie können Migrant/-innen von Schleswig-Holstein aus ihre Ursprungsländer unterstützen?

- Sie unterstützen ihre Familien im Heimatland. Sie fördern die Schulbildung und Ausbildung ihrer Kinder. Sie fördern Existenzgründungen ihrer Familie. Sie unterstützen Selbsthilfe-Organisationen im Heimatland.
- Welche Kompetenzen bringen sie nach Deutschland mit? Schulbildung (es gilt die allgemeine Schulpflicht, aber die Analphabeten-Rate in Afrika ist hoch), Ausbildung (Berufe im medizinischen Bereich sind vergleichbar, Handwerker benötigen in der Regel andere, dem technischen Standart gemäße Fertigkeiten), afrikanische Mentalität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit.
- Wie finden sie mit ihrer Ausbildung und ihren Kenntnissen eine Arbeit? Mit meiner Berufsausbildung als Krankenschwester kann ich diese Kenntnisse hier einsetzen. Handwerker haben es schwerer. Deutschkenntnisse sind die Voraussetzung für eine Arbeit. Trotz meiner Ausbildung habe ich zunächst nur Arbeit als Küchenhilfe und Putzfrau gefunden. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen habe ich auch bei meiner Arbeit als Krankenschwester im ambulanten und stationären Pflegedienst einsetzen können. Viele Berufe haben unterschiedliche Anforderungen (z.B. gibt es auf den Baustellen in Ghana keinen Strom; alles wird in Handarbeit gemacht. Werkzeuge, Hilfsmittel und Verfahren wie sie in Deutschland angewendet werden, sind dort unbekannt). Umschulung und Weiterbildung sind erforderlich. Man muss um die Anerkennung im Beruf kämpfen und beweisen, dass man etwas kann.
- Wie können Migranten ihre in Deutschland erworbenen Kenntnisse und ihr gespartes Kapital in ihrem Herkunftsland einsetzen? Fast alle Migranten träumen davon, eines Tages in ihr Heimatland zurückzukehren (zum Beispiel können Ärzte und Krankenschwestern in ihren erlernten Berufen eine Arbeit finden, Handwerker jedoch nicht). Sie setzen ihr Kapital und ihre Kenntnisse für Existenzgründungen ein. Viele Probleme in den Entwicklungsländern können durch eine kleine Starthilfe gelöst werden. Eine Schneiderin in Afrika braucht nur eine eigene Nähmaschine und einen Raum zum Arbeiten. Mit dem erwirtschafteten Geld wird dann die Familie unterstützt. Die Gesellschaft in Afrika ist sehr arbeitsteilig organisiert, so dass jede bezahlte Tätigkeit zum allgemeinen Wohlstand beiträgt.

Entstehung des Deutsch-Ghanaischen Entwicklungshilfevereins e.V.

Ich (Rose Sekoh) war wegen der Beerdigung meiner Mutter 1992 in das Dorf Patukorpe (in der Nähe der Stadt Ada) gekommen, zusammen mit ca. 100 Leuten. Die Beerdigungszeremonie erstreckte sich über mehrere Tage. Es gab – und so ist es heute noch - in diesem Dorf nur einen offenen Brunnen aus dem das Wasser für das ganze Dorf geschöpft wird. Toiletten sind nicht vorhanden. Obwohl Latrinen ausgehoben wurden und das Wasser mit einem Tankwagen aus Teshie gebracht wurde, sind im Laufe der Feierlichkeiten bei Dorfbewohnern und Gästen Krankheiten ausgebrochen. Es hat sogar mehrere Todesfälle gegeben. Unter dem Eindruck des

Geschehenen ist der Gedanke entstanden, dass man etwas unternehmen muss, um hier die Zustände zu verbessern. Nach Ansicht der Dorfbewohner wurden eine Schule, eine Gesundheitsstation und sauberes Wasser am dringendsten gebraucht. Zusätzlich sollten Sanitäre Einrichtungen geschaffen werden. Von Deutschland aus wollte ich Hilfe organisieren.

Nach der Rückkehr nach Deutschland habe ich in meinem Bekanntenkreis für die Idee geworben und so wurde beschlossen, einen Verein zu gründen. Der Verein wurde nach der Region Ga-Adanme genannt und 1993 in das Vereinsregister der Stadt Kiel eingetragen. Die Gründungsmitglieder waren alle Migranten aus der Greater Region Accra in dem auch das Dorf Patukorpe liegt. Migranten aus anderen Teilen Ghanas haben uns darauf hingewiesen, dass sie sich ausgegrenzt fühlten, deshalb wurde der Verein umbenannt in Deutsch-Ghanaischer Entwicklungshilfeverein.

„Seit dem ich in Deutschland bin, sehe ich erst die Probleme in Ghana und engagiere mich.“
Rose Sekoh

Im Laufe der Zeit kamen auch mehrere Deutsche als Mitglieder dazu. Fast alle Gründungsmitglieder haben den Verein wieder verlassen, weil alles viel langsamer und mühsamer geht, als man es sich vorgestellt hatte. Und mit der Zeit wurden die eigenen Probleme wieder wichtiger als die eines weit entfernten kleinen Dorfes. Heute hat der Verein nur noch zwei Migranten als Mitglieder. Die Afrikaner denken nur an heute, die Europäer denken auch an die Zukunft. Partner des Vereins sind das Bündnis Eine Welt Schleswig Holstein (B.E.I.), die Stadt Kiel, eine Kieler Schule und die Stiftung für Berufliche Bildung (SBB)

Kurzvorstellung des Ada –Projektes

Das Ziel des Vereins ist es, durch Hilfe zur Selbsthilfe die Zustände langfristig zu verbessern. Da es schwierig ist, die Lebensgewohnheiten der Erwachsenen zu ändern, glauben wir etwas zu erreichen, indem wir bei der Bildung der Kinder ansetzen. Auch einige der Erwachsenen haben schon erkannt, dass man einen Vorteil hat, wenn man lesen und schreiben kann. Sie würden ihren Kindern gerne ermöglichen, in die Schule zu gehen. Der Weg in die nächste Schule ist aber mit stundenlangen Fuß-märschen verbunden und die üblichen Schulgebühren können sich auch nicht alle Eltern leisten. In Absprache mit der Dorfbevölkerung und mit dem Einverständnis des Distriktbürgermeisters und der Regierung haben wir ein Mehrzweckgebäude konzipiert, das von allen genutzt werden kann (Foto: Rose Sekoh informiert den Distriktbürgermeister und den Bundesminister):

- Kindergarten und Vorschule. Am Morgen wird das Haus als Kindergarten und Vorschule genutzt. Die Vorschule ist in Ghana ein wichtiges Instrument, um die Kinder auf die Schule vorzubereiten. Außerdem werden die Mütter entlastet und können die Zeit nutzen für die Feldarbeit. Das angebaute Gemüse kann dann auf dem Markt in der Stadt verkauft werden.
- Medizinische Versorgung: Zweimal in der Woche kommt eine Krankenschwester und benutzt die Räume für ambulante Behandlung, Untersuchungen und Beratung.
- Um die hygienischen Zustände zu verbessern, soll neben dem Mehrzweckgebäude ein Brunnen gebohrt werden und eine Komposttoilette gebaut werden.
- Bürgertreff: Am Abend kann das Gebäude für Versammlungen genutzt werden, um die Besprechungen der Familienvorstände und Dorfältesten abzuhalten. Außerdem haben wir ein Komitee gegründet, das die Aufgabe hat, das Projekt selbst zu verwalten und mit unserer Unterstützung weiter zu entwickeln.

Wie das Projekt umgesetzt wird

- Woher kommt das Geld? Die Projekte werden aus Spendengeldern und aus Mitgliedsbeiträgen finanziert. Da diese Mittel sehr begrenzt sind, ist der Projektfortschritt

entsprechend langsam. Begonnen haben wir mit einer Spende von 9500 DM von Eine Welt Rottweil. Bis jetzt haben wir ca. 6000,- € für Material und Arbeitslohn in das Projekt investiert, wobei die Kosten für die Organisation, Fahrten zum Projekt und Telefon nicht mit gerechnet sind. Diese Kosten werden aus eigenen privaten Mitteln getragen. Um die Projekte in absehbarer Zeit zu Ende führen zu können, müssen wir öffentliche Mittel beantragen. Für die entsprechenden Anträge brauchen wir Unterstützung und Beratung.

- Wie wird die Akquisition von Spenden betrieben? Der Verein arbeitet seit Jahren mit dem Referat für Migration der Stadt Kiel zusammen. Der Verein nimmt an den Interkulturellen Wochen in Kiel teil mit gemeinsamen (Eröffnungs- und Abschlussfeier) und eigenen Veranstaltungen (Afrika-Tag). Hinzu kommen: Schulprojekt „*What do you know about Africa*“, Schulprojekt Globale Schule, Teilnahme an Veranstaltungen (AKA-Fest) mit Infoständen und Afrikanischen Spezialitäten; Spendenhäuschen zum Aufstellen in Arztpraxen o.ä. sind in Vorbereitung.

Das Projekt stagniert im Moment, weil es an den nötigen Mitteln fehlt. Die Zielsetzung im Projekt hat sich nicht geändert.

Welche Auswirkungen hat das Projekt auf die Menschen?

- Welche Einstellung haben die Menschen in Patukorpe zu den Partnern in Kiel? Nach Ansicht der Menschen im Dorf sind wir reich (so wie alle, die es sich leisten können aus Europa oder Amerika dorthin fliegen zu können) und sollten sie für die Mitarbeit im Projekt bezahlen. Wir haben klargestellt, dass sie es sind, die vom Projekt profitieren. Wir haben mit den Helfern vereinbart, dass sie Essen erhalten wenn sie am Projekt mitarbeiten und somit nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Um die Dorfbewölkerung mehr in das Projekt einzubinden, haben wir ein Komitee gegründet, dass für die Organisation und die Nutzung verantwortlich ist.
- Wie wird ihr Leben verändert? Es ist schwierig, die Lebensgewohnheiten der Erwachsenen zu ändern. Das Leben in diesem abgeschiedenen Dorf richtet sich nach uralten Traditionen. Die Einflüsse von außen dringen nur allmählich vor. Langfristig werden sich die Lebensumstände im Dorf verändern durch Verbesserung der hygienischen Zustände, medizinische Versorgung und Beratung, bessere Lebensperspektive der Kinder durch Schule und Ausbildung.
- Wo sind die Unterschiede zu anderen Projekten, z.B. zu unserem Projekt Community-Clinic in Teshie? Der Vorstand des Teshie Mannoyaa Kpee besteht aus gebildeten Leuten mit viel Lebenserfahrung und Beziehungen, die die nötigen Mittel beschaffen und freiwillige Helfer organisieren können um eine kommunale Klinik zu bauen. Aber auch hier sind die Mittel begrenzt und erlauben nicht den kontinuierlichen Ausbau. Die Health Station ist schlecht ausgestattet und renovierungsbedürftig. Spenden wie von der Teshie-Nungua Union in Kiel werden dankbar angenommen. Projektfortschritte sind den Förderern darstellbar. Eine Dorfbewölkerung wie in Patukorpe ist hingegen nicht in der Lage, ein Projekt zu organisieren und erfolgreich abzuschließen. Da wir nur sehr begrenzte Mittel zu Verfügung haben, wollten wir alles in Eigenregie machen. Dabei haben wir dem König des Dorfes für genau abgesprochene Verwendungszwecke Geld gegeben. Die Materialien wurden auch wie verabredet gekauft, aber die Kaufbelege sind nicht abrechnungsfähig für Förderer in Deutschland. Um abrechnungsfähige Belege zu bekommen, müssen alle Materialien in der Stadt gekauft und an die Baustelle transportiert werden. Die dabei auftretenden Mehrkosten müssen in Kauf genommen werden.

Wie kann konkret Hilfe geleistet werden?

- Durch Spenden an den Verein: Damit kann das Material gekauft und die Handwerker bezahlt werden
-

- Praktika in Schulen und Krankenhäuser (Unterschiede in Ada und Teshie): Der Deutsch-Ghanaische Entwicklungshilfeverein hat schon mehrere Praktika in Schulen in Teshie und Krankenhäuser in Accra für Schüler und Studenten vermittelt. Eine pensionierte Lehrerin hat in Teshie ein Jahr lang unentgeltlich unterrichtet. In Patukorpe/Ada ist das wegen der klimatischen und hygienischen Bedingungen für Europäer nicht möglich.
- Sachspenden: Die Community Clinic in Teshie benötigt eine komplette Einrichtung, ein Notstromaggregat und ein geländegängiges Ambulanzfahrzeug für Notfälle. In Patukorpe/Ada ist ein Solarstromgenerator nützlich.
- Patenschaften: Ob ein Projekt der Migrant/-innen erfolgreich ist, hängt wesentlich davon ab, zu welchem Spenderkreis die Organisation Zugang findet. Im Vergleich zu Projekten, die z.B. von deutsche Kirchengemeinden organisiert und kontinuierlich gefördert werden, haben die Projekte der Migranten wenig Aussicht, erfolgreich abgeschlossen zu werden, wenn keine Patenschaften gefunden werden.
- Aktive Mitarbeit im Verein und Hilfe bei der Organisation: Nicht nur unser Verein hat das Problem, wie man Fördermittel beantragt. Schon die Antragsbedingungen stellen ein unüberwindliches Hindernis dar. Ohne fachkundige Hilfe ist es unmöglich, einen Antrag zu formulieren und zu begründen.

Migrant/-innen in der kommunalen Zusammenarbeit – Praxiserfahrung

- Das Referat für Migration der Stadt Kiel unterstützt die Vereine durch Beratung und Information.
- Hat das Projekt Einfluss auf die Integration hier lebender Menschen aus Afrika? Viele in Kiel lebende Familien, die aus Teshie und Umgebung stammen, haben sich zum Verein Teshie Nungua Union zusammengeschlossen und unterstützen das *Community Clinic* Projekt. Der Fortschritt, der hier sichtbar wird, ermutigt die Menschen. Aus Ada stammt niemand hier in Kiel. Es wurde daher mehrfach versucht, mit dem Verein Afrikanische Union die verschiedenen Interessen der Migranten aus Afrika unter einem gemeinsamen Dach zu vertreten, doch der Versuch ist bislang jedes Mal gescheitert.
- Wie wird den Migranten das Projekt bekannt gemacht? Bei Veranstaltungen, durch persönliche Kontakte, durch Schulprojekte des Vereins und die Veranstaltungsreihe Globale Schule.
- Wie wird das Projekt für wirtschaftliche oder kulturelle Kontakte genutzt? Der Verein arbeitet seit Jahren mit dem Referat für Migration der Stadt Kiel zusammen. Der Verein nimmt an den Interkulturellen Wochen in Kiel teil (Afrika-Tag). Für wirtschaftliche Kontakte wird der Verein oder das Projekt noch nicht genutzt. Denkbar wäre Vermittlung von Ansprechpartnern in Ghana z.B. für Industrieansiedlungen. Wünschenswert ist auch eine Zusammenarbeit der Forschungsinstitute für Tropenkrankheiten der Universitäten.
- Wie wird der Verein gefördert? Das Referat für Migration der Stadt Kiel unterstützt den Verein bei lokalen Veranstaltungen und Projekten in Kiel auch finanziell. Weitere Unterstützung hierfür bekommen wir auch vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und BINGO, die Umweltlotterie.

Fragen und Diskussion

Auf Nachfrage berichtete Frau Sekoh, dass Kooperationen des Deutsch-Ghanaischen Entwicklungshilfevereins mit anderen Nichtregierungsorganisationen, entwicklungspolitischen Organisationen auf Bundesebene und mit der afrikanischen katholischen Gemeinde in Hamburg nicht zustande gekommen seien.

Kontakt

Deutsch-Ghanaischen Entwicklungshilfeverein e.V.
Postfach 2222
24021 Kiel
www.bei-sh.org (Suchbegriff: Mitgliedsgruppen)

Rose Sekoh
Dornbusch 27, 24146 Kiel
Tel.: 0431/7859877
E-Mail: rose.sekoh@de-gh-translations.com

III. Die Zusammenarbeit mit Migranten und Migrantenvereinigungen in der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung

Dr. Irina Kausch, Projektkoordinatorin „Migration und Entwicklung“, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn

Das Grundverständnis des Vorhabens der GTZ spiegelt ein Zitat von Jan Karlson, Ko-Vorsitzender der Global Commission on International Migration: „Wir alle sind Migranten, denn schließlich stammt die gesamte Menschheit ursprünglich aus Ostafrika.“

Gegenwärtig gibt es ca. 200 Mio. Migranten, davon die Hälfte Frauen. Es existiert ein breit gefächertes Engagement dieser Migranten in ihren Herkunftsländern: wirtschaftlich, kulturell, sozial oder politisch. Trotzdem hat die Entwicklungszusammenarbeit Migration lange Zeit, vor allem wegen des damit verbundenen *Brain Drain*, also der Abwanderung qualifizierter Fachkräfte, vorrangig negativ gesehen. Diese Perspektive hat sich nun gewandelt.

Die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat das Potenzial von Migration erkannt und möchte positive Effekte gezielt fördern. Unser Win-win Ansatz lautet: Sowohl Migranten als auch die Herkunfts- und Aufnahmeländer können von der besseren Nutzung der Potenziale von Migration profitieren.

„Wir werden mehr lose Enden von Migranteninitiativen einerseits und Entwicklungszusammenarbeit andererseits zusammenbringen können, als wir uns das bislang vorstellen.“

Dr. Irina Kausch

Zielsetzungen des GTZ- Sektorvorhabens sind:

Entwicklung und Verbreitung von Konzepten und Instrumenten zum Umgang mit den entwicklungspolitischen Potenzialen und Risiken von Migration;

- intensive Beratung des BMZ;
- Mainstreaming des Ansatzes in der GTZ;
- Zusammenarbeit mit anderen deutschen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit;
- Austausch und Kooperation mit europäischen Partnern (Frankreich, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Niederlande, Spanien u.a.).

Unsere Handlungsfelder sind dabei:

1. Potenziale von Migration nachhaltig nutzen, in Bezug auf Remittances und die Kooperation mit Diasporagemeinschaften.
2. Risiken von Migration minimieren, insbesondere bezüglich der irregulären Migration und des *Brain Drain*.

Handlungsfeld: Remittances

Remittances, zu Deutsch Rücküberweisungen in die Herkunftsländer der Migranten, sind private, von individuellen Entscheidungen abhängige Gelder. Sie können und sollen nicht staatlich gelenkt werden. Eine Möglichkeit die Rücküberweisungen zu fördern, ist, sichere, kostengünstige und schnelle Überweisungsmöglichkeiten im Rahmen des formellen Bankensystems zu gewährleisten. Für dieses Ziel sind wir in folgenden Bereichen aktiv:

- Klärung der Datenlage im Hinblick auf Überweisungen aus Deutschland.
- Förderung einer Webseite mit Informationen über Anbieter, Kosten, Dauer und Art von Überweisungen für zunächst 6 Sendekorridore (in die Türkei, nach Serbien, Albanien, Marokko, Ghana und Vietnam):
 - Ziel ist dabei, zur Senkung der Transferkosten mittels Markttransparenz und mehr Wettbewerb unter den Anbietern von Finanzdienstleistungen beizutragen sowie;

- Eine stärkere Nutzung formeller Überweisungswege sowie eine Verbesserung der Entwicklungswirkungen von *Remittances* zu befördern.
- Zur Erhebung der Daten für die Webseite wurde eine Studie in Auftrag gegeben und ein Round Table mit deutschen Bankenvertretern in Kooperation mit der Frankfurt School of Finance and Management (FSFM) veranstaltet.
- Weitere mögliche Ansatzpunkte sind: Ausweitung von Finanzdienstleistungen in Entwicklungsländern – institutionell und bezüglich der Produktpalette.

Handlungsfeld: Kooperation mit der Diaspora

Bis vor kurzem hatte die GTZ keinen direkten Kontakt mit Diasporagemeinschaften in Deutschland. Deshalb ist es unser Ziel, bessere Kenntnis der bereits stattfindenden Aktivitäten der Diaspora und möglicher Kooperationsansätze zur Formulierung und Umsetzung gemeinsamer Projekte in den Herkunftsländern zu erhalten. Unsere diesbezüglichen Aktivitäten sind:

- Internationale Konferenz zum Thema „Kooperation mit der Diaspora“ – Mai 2004.
- Diaspora-Studien zu Ägypten, Afghanistan, Serbien und Marokko. Kernergebnisse:
 - Es existieren ein vielfältiges Engagement in den Herkunftsländern und große Potenziale der Migranten für die Entwicklungszusammenarbeit.
 - Ein positiver Zusammenhang zwischen Integration und transnationalen Aktivitäten sowie vergleichbare Ansätze von Diaspora und EZ sind nachweisbar.
 - Darauf aufbauend ist ein Pilotprogramm zur Förderung von Investitionen in soziale Infrastruktur initiiert worden.

Zu den Diaspora-Gemeinschaften im Einzelnen:

- Ägyptische Diaspora: Es handelt sich vorwiegend um Bildungsmigranten der oberen Mittelschicht, die seit den 1950er Jahren zugewandert sind. Ihr Einbürgerungsgrad ist hoch, ebenso die Integration. Sie organisieren sich zumeist in studentischen Vereinigungen, Berufsverbänden, Ägyptischen Kulturvereinen; zudem gibt es von Ägypten aus geförderte Elitenetzwerke, die bewusst Migranten mit der Elite in Ägypten verbinden. Rücküberweisungen der Diaspora kommen zumeist in Form von Direktinvestitionen (Immobilien, Gewerbe, Bildungswesen) ins Land. Darunter sind viele gewinnorientierte Investitionen, vor allem in prestigeträchtige Projekte in den Bereichen Bildung/Wissenschaft und Gesundheit.
 - Afghanische Diaspora: Im Zeitraum 1950-70 kamen vorwiegend Kauf- und Geschäftsleute sowie Studenten nach Deutschland; nach 1979 jedoch mehrheitlich Flüchtlinge – eine politisch, sozial und ethnisch sehr heterogene Gruppe. Aufgrund ihres häufig ungesicherten Aufenthaltsstatus haben sie zum Teil erhebliche Integrationsprobleme in Deutschland. Afghanische Migranten organisieren sich in einer Vielzahl unterschiedlicher politischer Vereinigungen, außerdem in Berufs- und Frauenverbänden. Ihr Engagement für das Herkunftsland ist charakterisiert durch regelmäßige Rücküberweisungen an Familien, Investitionen in Infrastrukturprojekte in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr sowie durch kollektive gemeinnützige Aktivitäten in Bildung, Gesundheit, Frauenförderung, humanitäre Hilfe. Sie leisten damit einen enorm wichtigen Beitrag zur Armutsminderung und Wiederaufbau in Afghanistan.
 - Serbische Diaspora: Zwischen 1961-73 galt das Gastarbeiterabkommen und lenkte ungelernte bis qualifizierte serbische Fachkräfte nach Deutschland, einschließlich ihrer nachziehenden Familien. Sie zeichnet ein hoher Einbürgerungsgrad und eine relativ sichere soziale Lage aus. Die Diaspora organisierte sich lange in jugoslawischen Klubs mit hoher Loyalität zum Herkunftsland; nach dem Zerfall Jugoslawiens wurden zum Teil nationale/serbische Klubs neu gegründet (diese sind aber z.T. wegen der politischen Entwicklung in Serbien instabil). Seit 2005 existiert ein Diaspora-Ministerium in Serbien, das Organisationsbemühungen der Diaspora unterstützt. Investitionen ins Herkunftsland sind
-

zumeist direkt an Familien adressiert, oft zum Erwerb von Immobilien. Verstärkte Aktivitäten in den Bereichen Gesundheit, Wasserversorgung, Verkehr, humanitäre Hilfe gab es während des Kosovokonflikts. In den Jahren danach ist vor allem das gemeinnützige Engagement der Serben aufgrund politischer Differenzen mit der serbischen Regierung geringer geworden.

- Marokkanische Diaspora: Ebenso wie bei den Serben handelt es sich hier größtenteils um Gastarbeiter und ihre Familien; in den letzten Jahren gibt es zudem eine steigende Anzahl marokkanischer Studenten. Eine besondere geographische Konzentration der Diaspora weisen die Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen auf (83% aller marokkanischen Migranten leben hier). Organisiert sind sie besonders in Moschee-, Kultur- und Sportvereinen. Ein relativ hoher Anteil der Remittances fließt über formelle Kanäle zu günstigen Kosten in Ausgaben für den Lebensunterhalt, Investitionen in Bildung, Immobilien. Die marokkanische Diaspora engagiert sich ferner in gemeinnützigen Projekten und verteilt Sachspenden über Kooperationen mit Vereinen vor Ort. Wichtige Potenziale für die Entwicklung in Marokko ergeben sich durch eine in der Diaspora wachsende Gruppe von Fachkräften und Akademikern.

Zusammenfassend lassen sich folgende mögliche Kooperationsansätze zwischen Diasporagemeinschaften und EZ herausstellen:

- im Bereich der sozialen Infrastruktur: Investitionen in soziale Infrastruktur, Fortbildung von Fachpersonal (Gesundheit, Bildung), Wissenstransfer: Studenten- u. Professoren-austausch, Studienaufenthalte;
- im wirtschaftlichen Bereich: Investitionsförderung für Migranten in Aufnahme- und Herkunftsländern, Migrantenunternehmer als Innovatoren und/oder Mentoren, Förderung von Handelsbeziehungen, Lobbying für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Herkunftsland, ländliche Entwicklungsprojekte, z.B. Wiederaufbau der Landwirtschaft; bei der Unterstützung von Diaspora-Strukturen in Deutschland: Etablierung von Koordinations- und Informationsstellen oder anderer geeigneter Foren zum Austausch und zur Verknüpfung von Aktivitäten, Professionalisierung von Diaspora-Projekten (Projektanträge, Fundraising, Projektabwicklung), Einbindung der jüngeren Generation als Mittler (zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland sowie zur Anbahnung gemeinsamer Projekte).

Zentrale Herausforderungen für die GTZ bei der Etablierung von Kooperationsstrukturen mit Migrantenorganisationen sind folgende:

- Als zentrale Voraussetzung müssen gemeinsame Probleme und Ziele definiert werden.
 - Für die Anlaufphase bedarf es geeigneter Mittler zwischen Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit.
 - Es bedarf außerdem speziell zugeschnittener Angebote an Diasporagemeinschaften.
 - Die Kooperation in Form von Zuschüssen an Projekte von Migrantenorganisationen verlangt sorgfältigen Beratungs- und Auswahlprozess.
 - Wichtigstes Ziel ist der Aufbau neuer strategischer Partnerschaften.
 - Allerdings lässt sich nach wie vor Skepsis bis hin zu Ablehnung des Ansatzes unter Experten der Entwicklungszusammenarbeit beobachten, z.B. im Hinblick auf die unterschiedlichen Interventionsebenen. Diasporaprojekte setzen zumeist an der Mikroebene an, Projekte der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit beraten aber entsprechend ihres strukturpolitischen Anspruchs vor allem die Regierungs- bzw. Institutionenebene. Ungeachtet dessen können und sollen sich die beiden Ansätze vor Ort sinnvoll verbinden und dadurch bessere Wirkung entfalten.
-

Aktueller Stand der Aktivitäten

Es sind weitere Diaspora-Studien zu Senegal, Vietnam und Philippinen durchgeführt und ausgewertet worden. Erfolgreich begonnen hat die Akquise und Beratung von ersten Anträgen; erste Projekte, so z.B. ein Kindergarten, eine Mädchenschule, Ärzte-Fortbildung und der Aufbau von Energiestationen in Afghanistan sind angelaufen bzw. bereits umgesetzt. Hinzu kommen Vorhaben im Bereich Jugendförderung und Berufsbildung im Senegal. Start des Förderprogramms war im Mai 2007.

Wichtige Partner der GTZ sind das Integrationsministerium in Nordrhein-Westfalen sowie das Forum der Kulturen in Stuttgart (Zusammenschluss von Migranten-Organisationen). InWEnt wird im Rahmen seines Modellprojektes mit Kommunen und Diasporaförderung ein weiterer wichtiger Partner sein.

Handlungsfeld: Irreguläre Migration + Brain Drain

Hier ist das Ziel, Handlungsansätze zur Begrenzung der negativen Folgen von irregulärer Migration und Brain drain zu entwickeln. Aktivitäten und Themen sind:

- Internationale Konferenz zum Thema „Brain Drain oder Brain Gain“ – Oktober 2003.
- Konzentration auf den Gesundheitssektor in Afrika und damit auf Vorhaben, die von Care Drain betroffen sind.
- Workshops zu den Ursachen für Migration am Beispiel Afrika. Auswahl konkreter Länderfälle: Marokko und Senegal als Transit- und Herkunftsländer.

Abschließend zum Beratungs- und Serviceangebot des GTZ-Vorhabens „Migration und Entwicklung“

Die Schwerpunktsetzung liegt auf zwei Bereichen: *Remittances* und Etablierung der geplanten Webseite sowie Kooperation mit der Diaspora. Migranten-Organisationen sollen als neue strategische Partner der Entwicklungszusammenarbeit gewonnen werden. Wichtige Partner und Mittelpersonen sind hierbei die Integrationsbeauftragten und NRO. Unser Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit ist das erwähnte Pilot-Förderprogramm zur Ko-Finanzierung von Investitionen in die soziale Infrastruktur. Dies soll kurzfristig praxisrelevante Erfahrungen hervorbringen, die wir auswerten und weiterentwickeln können. Perspektivisch sollen Kooperationsstrukturen etabliert sowie Synergien für die nachhaltige Entwicklung in unseren Partnerländern erzeugt werden.

Fragen und Diskussion

Aus dem Teilnehmerkreis kam die Frage, ob auch zur türkischen Diaspora eine Studie geplant sei. Frau Kausch erwiderte, dass die Türkei kein Entwicklungsland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist und daher nicht im Fokus der Arbeit der GTZ steht. Als ein Beispiel für die wirtschaftliche Kooperation zwischen dem Unternehmertum von Migrant/-innen in Deutschland und der Wirtschaft in ihrem Herkunftsland solle aber eine Studie zu deutsch-türkischen Unternehmern in Auftrag gegeben werden.

Als Ansprechpartner zu Fragen der Diaspora bietet sich auch Herr Benjamin Wösten vom Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) an.

Kontakt

Deutsche Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Dr. Irina Kausch
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
Tel: 06196/79 1206
Fax: 06196/79 80 1206
E-Mail: Irina.Kausch@gtz.de
<http://www.gtz.de/migration>

IV. Rückkehrförderung

IV.1. Rückkehrförderung der AWO Schleswig-Holstein

*Michael Treiber, Landeskoordinator Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein e.V.
Projekt „Mobile Perspektivenberatung für rückkehrwillige Flüchtlinge“ - (MPB)*

Freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen sowie von anderen Migrant/-innen kann nur erfolgreich sein, wenn sie für die Betroffenen eine nachhaltige Lösung, also die Chance auf dauerhafte Reintegration im Heimatland bietet und nicht zu einer „Pendelmigration“ aufgrund fehlender Perspektiven im Herkunftsland führt.

Um dies erreichen zu können, bedarf es spezifischer Voraussetzungen, die sowohl vom individuellen Fall als auch von den Bedingungen im Herkunftsland abhängen. Hier sehen wir wichtige Schnittstellen zwischen den Angeboten der Flüchtlings- und Perspektivenberatung von Migrant/-innen und den vielfältigen Angeboten der Entwicklungszusammenarbeit.

Zu den Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Rückkehrförderung gehören insbesondere für die Zielgruppe der Flüchtlinge:

- **Sicherheit und Würde:** Wichtige Voraussetzung für eine freiwillige Rückkehr ist, dass sie in Sicherheit und Würde erfolgt, und dass sich für die Betroffenen in ihren Heimatländern tatsächlich auch eine längerfristige Lebensperspektive auftut. Sicherheit umfasst dabei die persönliche Sicherheit (Ausschluss der Gefahr für Leib und Leben), die rechtliche Sicherheit (ein funktionierendes Rechtssystem) und die materielle Sicherheit (Gewährleistung des Existenzminimums, lebensnotwendige staatliche Leistungen). Bei der Rückkehrförderung und -Beratung muss die Einhaltung völkerrechtlicher oder grundgesetzlicher Verpflichtungen, wie sie sich etwa aus dem Grundgesetz, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention ableiten, gewährleistet sein. Zudem muss humanitären Anliegen Rechnung getragen werden. Dies gilt insbesondere für schutzbedürftige Personen, wie etwa traumatisierte Flüchtlinge, unbegleitete Minderjährige, Behinderte, allein stehende Frauen etc.
 - **Erwerb von Qualifikationen:** Es muss für die Zeit des Aufenthaltes in Deutschland die Möglichkeit zum Neuerwerb oder zur Vertiefung sprachlicher, schulischer oder beruflicher Qualifikation bestehen. Dies erleichtert nicht nur im Fall des Verbleibs in Deutschland die Integration, sondern ist auch eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Reintegration und eigenständige materielle Absicherung als Grundlage einer freiwilligen Rückkehr. Das können beispielsweise Existenzgründungsseminare, PC-Schulungen oder die Vermittlung handwerklicher Fertigkeiten über entsprechende Maßnahmen der Jobcenter, der Industrie- und Handels- bzw. Handwerkskammern, örtlicher Betriebe oder Weiterbildungsträger sein.
 - **Planung und Vorbereitung:** Eine erfolgreiche freiwillige Rückkehr setzt u.a. eine sorgfältige Planung und Vorbereitung voraus. Dies gilt insbesondere bei schutzbedürftigen Personen wie traumatisierten oder unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Für die Vorbereitung und Durchführung einer freiwilligen Rückkehr muss daher ausreichend Zeit zur Verfügung stehen. Hier sind wir besonders auf die Kooperation mit den örtlichen Ausländerbehörden sowie dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten angewiesen.
 - **Auswirkungen der Rückkehr klären:** Zur Klärung, ob eine freiwillige Rückkehr möglich und zumutbar ist, sollte nicht nur die Situation des Einzelnen betrachtet, sondern auch die Auswirkungen der Rückkehr von Flüchtlingen für das jeweilige Land in Betracht gezogen werden. Mitunter kann der weitere Verbleib einer Gruppe in Deutschland für die Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung ihres Heimatlandes hilfreicher sein als ihre Rückkehr in die Arbeitslosigkeit.
-

- **Abstimmung mit Herkunftsländern:** Programme zur Förderung der freiwilligen Rückkehr sollten unter Beteiligung des UNHCR mit den Herkunftsländern abgestimmt werden. Dies kann auch die Unterstützung der Herkunftsländer beinhalten, um tatsächlich die Reintegration der Rückkehrenden zu ermöglichen.
- **Informationen:** Für eine verantwortbare Entscheidung über die freiwillige Rückkehr muss der Flüchtling über aktuelle Informationen hinsichtlich seiner aufenthalts- und sozialrechtlichen Perspektiven in der Bundesrepublik Deutschland, wie auch über spezifische, einzelfallbezogene Informationen zur Situation in seinem Heimatland verfügen können. Wir haben hier die Möglichkeit, über die Datenbank des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge „ZIRF-Counselling“ (Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung) individuelle konkrete Anfragen zu Themen wie wirtschaftliche Infrastruktur, Wohn- und Arbeitsmarkt vor Ort, Wiederaufbauhilfen, medizinische Versorgung und soziale Belange, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder Ansprechpartner zu stellen.
- **Orientierungsreisen:** Die Erfahrungen insbesondere mit bosnischen Flüchtlingen haben deutlich gemacht, dass die Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr wächst, wenn sich die Betroffenen zunächst vor Ort über die Situation informieren können. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus und dem Herkunftsland sollte daher die Möglichkeit der Orientierungsreisen gegeben werden.
- **Finanzierung:** Zur Deckung der Reisekosten und für den Neuaufbau einer Existenz müssen fall- und länderspezifisch ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen. Umzugs- oder Reisekostenbeihilfen bzw. die Mobilitätshilfen nach SGB III werden nach unserer Erfahrung von den verschiedenen Jobcentern im Lande unterschiedlich gehandhabt, hier reicht die Spanne von 0,-€ bis 4.500,-€ Unterstützung. Hier wünschen wir uns mehr Bereitschaft und Kreativität, mögliche Unterstützungsleistungen auszuschöpfen.
- **Monitoring vor Ort:** Ansprechpartner/Kontaktstellen zur Unterstützung der Reintegration sollten vor Ort zur Verfügung stehen. Sinnvoll wäre auch die Einführung eines Monitoring, um überprüfen zu können, ob tatsächlich eine sichere, dauerhafte Reintegration stattfinden konnte.

Wir wünschen uns Kontakt und Kooperation mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, um konkrete Ansprechpartner vor Ort, Erstanlaufstellen für Rückkehrer, Vor-Ort-Partner für längerfristige Finanzierungsmodelle wie z.B. Mikrokredite etc. zu finden.

Um die Informationen, die wir im Rahmen der „Mobilen Perspektivenberatung für rückkehrwillige Flüchtlinge“ zu den einzelnen Herkunftsländern gewinnen, zu veröffentlichen, arbeiten wir derzeit an der Entwicklung eines Internet-gestützten Infopools, der Erfahrungen, Akteure, Kontakte in den jeweiligen Regionen bündelt. Hier könnten die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit unsere Erkenntnisse ergänzen.

Die heutige Tagung ist für uns ein Anfang. Gerne wollen wir an dem Thema „Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit und Rückkehrförderung von Flüchtlingen und Migranten“ weiter arbeiten und werden Sie in den nächsten Wochen einladen, an einer entsprechenden Arbeitsgruppe mit zu wirken.

Kontakt

AWO-Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Zentrum für interkulturelle Konzepte,
Projektentwicklung und Beratung - Landes-
koordination Migration
Leiter Michael Treiber
Hinter dem Kirchhof 10
24211 Preetz
Tel.: 04342 / 3081-0
Fax: 04342 / 3081-12
E-Mail: michael.treiber@awo-sh.de

IV.2. Mobile Perspektivenberatung für rückkehrwillige Flüchtlinge

Natali Reindl, Igor Herdt und Jahan Mortezaei, Fachberater der „Mobilen Perspektivenberatung“ (MPB)

Das Projekt „Perspektivenberatung“ des AWO-Landesverband Schleswig-Holstein e. V. wird finanziert durch den Europäischen Flüchtlingsfonds und das Land Schleswig-Holstein. Die Laufzeit des Projektes beträgt 3 Jahre. Durchgeführt wird es an den Standorten der AWO-IntegrationsCenter in Lübeck und Neumünster. Das Projekt ist ausgestattet mit drei Diplom-Sozialpädagogen/in unterschiedlicher Herkunft und mit verschiedenen Fremdsprachenkenntnissen. Hauptsächlich befasst sich das Projekt mit Flüchtlingen, die entweder zur Ausreise verpflichtet sind oder, und das kommt häufiger vor, sich trotz eines festen Aufenthaltsstatus in Deutschland eine Rückkehr in ihr Heimatland wünschen.

Der Ausgangspunkt der Rückkehrer ist ihre Perspektivlosigkeit in Deutschland. Für die Rückkehr ins Heimatland sind Chancen und Perspektiven in folgende Lebensbereiche besonders relevant:

Wohnen; Arbeit: „Ich darf hier nicht arbeiten. In meinem Land will ich wieder in meinen Beruf zurück.“; Schule/Kinder: „Unsere Kinder wurden hier gut versorgt. Schön wäre es, wenn es bei uns auch so wäre.“; Gesundheit; Familie; Enttäuschung, Sorgen, Zukunft; finanzielle Themen: „Wir haben in unserer Heimat nichts mehr. Bekommen wir Geld, wenn wir zurückgehen?“

Die Beratung der Rückkehrer erfolgt in der Praxis nach dem Case-Management-Verfahren (CM) Wichtige Elemente sind:

- MPB bietet einen Mobilitätsservice, der Klient/-innen, die Perspektivberater und auch Kooperationspartner/ Netzwerkpartner zueinander bringt.
- Die Perspektivenberatung bietet einen umfassenden Service von der Vorbereitung auf die Rückkehr, über die Begleitung der Zeit bis zur Ausreise, bis zur Nachbereitung (Kontakt über Telefon etc.).
- Zentral ist die Perspektivenentwicklung für den Rückkehrer: hierzu gehört das Aufstellen eines Hilfeplans (Kurz- u. langfristige Ziele, Realisierung d. Ziele), die Unterstützung beim Erwerb erforderlicher Qualifikationen und die Klärung medizinischer, rechtlicher und anderer Fragen. Die AWO baut hierfür Kontakte zu Organisationen, Familien, Botschaften etc. in den Zielländern auf.
- Wichtige Partner bei dieser Arbeit sind regionale, nationale und internationale Netzwerke und Kooperationspartner. Hierzu zählen NGOs, Hilfswerke, medizinische Einrichtungen, Kirchen, IOM, Botschaften, örtliche Behörden, (deutsche) Schulen, AWO-International, Familienangehörige und andere.
- Visionen/Wünsche für die Perspektivenberatung sind eine Vernetzung mit Rückkehr- u. Entwicklungsprojekten und das nachhaltige Gelingen der Reintegration.

Klientel der MPB in Zahlen (01.03.2006 bis 30.06.2007)

- 290 beratene Personen (154 Fälle)
- 104 ausgereiste Personen: davon 62 % Flüchtlinge und 38 % Migranten und Migrantinnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus.
- 30 Personen haben hier eine berufliche Qualifizierung / Maßnahme durchlaufen
- 9 ausgereiste Jugendliche haben hier einen Schulabschluss gemacht
- 22 Familien wollten sich im Herkunftsland gern selbständig machen
- 63 Personen bekamen Mittel von IOM - Internationale Organisation für Migration
- 6 Familien haben für die Ausreise finanzielle Unterstützung von Behörden (z.B. Jobcenter) bekommen

Wichtigste Zielländer sind: Türkei (32 %), ehemalige Sowjetunion (27%), Iran, Irak, Pakistan, Afghanistan (zusammen 19%), Naher Osten (12%), andere (10%).

Fallbeispiel 1: Asylbewerber aus Russland. Aufenthaltsstatus: geduldet. Seit zwei Jahren in Deutschland. Entscheidet sich für die Weiterwanderung.

| Zu klärende Fragen: | Ablauf der Beratung: | Status nach Beratungsende: |
|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeit einer Weiterwanderung - Perspektiven - Finanzielle Unterstützung | <ul style="list-style-type: none"> - Feste Entscheidung - Ausreise in die Ukraine - Beschaffung von Reisedokumenten | <ul style="list-style-type: none"> - Kontakt zu Bekannten vor Ort - Starthilfe - Flugticket + Reisebeihilfe - Zusage vom zukünftigen Arbeitgeber - Ausreise April 2007 |

Fallbeispiel 2: Männlich, 29 Jahre, ledig, afghanischer Staatsangehöriger, 2000 eingereist als Asylsuchender. Aufenthaltstitel: Seit Dez. 06 ausreisepflichtig (GÜB). Soziale Situation: lebt in einem Heim für Asylbewerber, keine Arbeitserlaubnis.

| Zu klärende Fragen: | Ablauf der Beratung: | Status der Beratung: |
|--|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> - Keine Kontakte in Kabul - Unterkunft u. berufliche Perspektiven - Finanzielle Unterstützung - Ausreisepapiere | <ul style="list-style-type: none"> - Beginn 10. Dez. 06 - Klärung der Aufenthaltsgenehmigung - Ausreise im Winter nicht empfohlen - Sicherung der vorübergehenden Unterkunft - Berufliche Qualifizierung - Finanzielle Unterstützung | <ul style="list-style-type: none"> - Berufliche Vorbereitung - Kontakt zu Familie und IOM - Sicherung der Unterkunft - Ausgereist im Juli 07 |

Fallbeispiel 3: Familie aus der Türkei mit ALG II-Bezug. Während einer Urlaubsreise in der Türkei erhält die Frau ein Arbeitsangebot in der Türkei und wünscht die Ausreise. Sie hat 3 Kinder (12 und Zwillinge 6 Jahre alt).

| Zu klärende Fragen: | Ablauf der Beratung: | Status der Beratung: |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - familiäre Situation - Schulden - finanzielle Unterstützung - Förderung der Kinder | <ul style="list-style-type: none"> - Arbeit mit dem Jobcenter - Gespräche mit Goethe-Institut bzgl. Kinder/ Deutschkenntnisse | <ul style="list-style-type: none"> - Schuldenfragen geklärt - Übernahme der Reisekosten der Frau - Umzugskostenzuschuss von 1.500 € - telefonischer Kontakt |

Kontakt

AWO-IntegrationsCenter Lübeck
 Große Burgstr. 51, 23552 Lübeck
 Herr Jahan Mortezaei,
 Tel.: 0451/2969099 -3, Fax: 0451/2969099 -9
 E-Mail: jahan.mortezaei@awo-sh.de

AWO-IntegrationsCenter Neumünster
 Göbenplatz 2, 24534 Neumünster
 Frau Natali Reindl
 Tel.: 04321/48903 -15, Fax: 04321/48903 -29
 E-Mail: natali.reindl@awo-sh.de
 Herr Igor Herdt
 Tel.: 04321/48903 -25, Fax: 04321/48903 -29
 E-Mail: igor.herdt@awo-sh.de

IV.3. Zuschüsse für Rückkehrer durch ARGE

Anette Windmüller und Hanife Yesildag von der Arbeitsgemeinschaft (ARGE), Lübeck

Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitsagentur in Lübeck bezuschusst unter bestimmten Bedingungen die Aufnahme einer Arbeit im Ausland. Dies betrifft vor allem Reise- und Umzugskosten. Die Arbeitsgemeinschaft Lübeck kooperiert eng mit der AWO-Perspektivenberatung.

Kontakt

ARGE Lübeck
Annette Windmüller
Hans-Böckler-Str. 1
23560 Lübeck
Tel. 0451 588-633
Fax 0451 588-401
E-Mail: Annette.Windmoeller@argesgb2.de

IV.4. Fragen und Diskussion zum Thema Rückkehrerförderung

Herr Torsten Döhning, Mitarbeiter des Flüchtlingsbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, merkt an, dass gerade ausreisepflichtige Flüchtlinge nicht diejenigen Personen mit den ungenutzten Potentialen für die Entwicklungszusammenarbeit seien: ihnen fehle oft die Ausbildung und Arbeitserfahrung in Deutschland. Die dahinter stehenden rechtlichen Probleme, dass Asylsuchende keine Arbeitserlaubnis haben und dass Kinder von Asylsuchenden nicht in die Regelschule gehen und so von vorne herein in Deutschland chancenlos sind, müssten angegangen werden. Erst nach einer Veränderung dieser Vorgaben würden Teile der Diaspora die grundlegenden Möglichkeiten erhalten (Arbeitsaufnahme, Wohnung, Sprachkurse und andere Qualifizierung), Potentiale zu erwerben, auch für die Entwicklungszusammenarbeit.

V. MigrantInnen und Entwicklungszusammenarbeit – kirchliche Erfahrungen und Aktivitäten, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und Synergien

Martin Haasler, Nordelbisches Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst, Breklum

1. Dankbar möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen auf die Formulierung des mir gestellten Themas hinweisen, das nicht etwa „Migration und Entwicklungszusammenarbeit“, sondern „Migranten und Entwicklungszusammenarbeit“ lautet. Menschen stehen im Mittelpunkt – kein aus Daten und Zahlen zusammengesetztes thematisches Abstraktum. Diese Perspektive kennzeichnet die Erfahrungen und Aktivitäten der Kirche in Hinblick auf Menschen, die nicht in Deutschland als ihrem jetzigen Aufenthaltsland geboren wurden.
2. Ebenso charakteristisch für kirchliche Erfahrungen mit Migrantinnen und Migranten ist eine Haltung, die sich zuallererst an den Bedürfnissen, den Sorgen und Nöten der Mitmenschen ausrichtet, ohne nach dem potentiellen Nutzen dieser Menschen für kirchliche, gesellschaftliche oder politische Ziele zu fragen. „Kirche und Diakonie engagieren sich in Anwaltschaft für die Fremden für die Integration der 14 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Die Frage, wie das Zusammenleben mit den Menschen anderer Herkunft gegenwärtig und künftig gestaltet werden muss, ist dringlicher denn je. Migration und Fremdheit gehören zu den Grunderfahrungen des Glaubens. Diese wesensmäßige Nähe zu Fremden verpflichtet Kirche und ihre Diakonie zur Solidarität mit den Migrantinnen und Migranten.“¹
3. Mit dieser diakonischen Grundhaltung kirchlichen Handelns ist die Rede vom „Potenzial“ der Migrantinnen und Migranten als Motiv für das sorgende Handeln an diesen Menschen mit allergrößter Zurückhaltung und Skepsis und wenn überhaupt, dann nur in den wenigen, gut begründeten Ausnahmefällen aufzunehmen, von denen im Folgenden gesprochen werden soll.
4. In kirchlichen Stellungnahmen zu unserem Thema überwiegen daher die zurückhaltenden, skeptischen Grundtöne. Das gilt ausdrücklich auch für diejenigen „Konzepte und Instrumente“, deren Entwicklung sich die Bundesregierung zur Aufgabe gemacht hat mit dem Ziel, „das entwicklungspolitische Potenzial von Migrantinnen und Migranten für ihre Herkunftsländer nutzen und verstärken“ zu können.²
5. Gleichwohl ist die Kirche weit davon entfernt, die Bedeutung der Migrantinnen und Migranten für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer zu verkennen. Im Gegenteil ist der entsprechende Ansatz kirchlichen Handelns nicht neu, sondern vielmehr seit Jahrzehnten gezielt auf- und ausgebaut worden. Prominentestes Beispiel dafür ist die Einrichtung sogenannter „Studienbegleitprogramme“, kurz: STUBEN.
6. STUBE wurde 1983 erstmals in Baden-Württemberg gestartet und seither um 11 weitere Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet erweitert. STUBE ist ein Angebot für die mehr als 55.000 in Deutschland Studierenden aus Asien, Afrika und Lateinamerika und richtet sich vorwiegend an Studierende ohne Stipendium, die frei eingereist sind und ihr Studium selbst finanzieren (mehr als 80%). Bundesweit sind an der Trägerschaft der STUBEN Evangelische Studierendengemeinden, Evangelische Akademien, Diakonische Werke, ökumenische Vereine und der World University Service beteiligt. Die STUBEN werden aus KED-Mitteln sowie von Landesregierungen

¹ Diakonisches Werk der EKD, Grundsatzposition des Diakonischen Werkes der EKD: Migration und Flucht, Abschnitt „Zuwanderung: Miteinander leben -Zusammenleben gestalten“, Artikel-Link: www.diakonie.de/de/html/fachforum/3581_3872.html, erstellt am 26.08.2005.

² Presse-und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Artikel „Die Potenziale von Migration nutzen“, in: e.velop -das developmentmagazin, Nr. 51 04/2007, Artikel-Link: www.bundesregierung.de/Content/DE/EMagazines/evelop/051/s3-gtz-potenziale-migration-nutzen.html

bezuschusst; einige werben auch um Mittel von Stiftungen und Unternehmen. STUBE ist interdisziplinär, interreligiös und interkulturell.

7. „STUBE ist das einzige entwicklungspolitische Programm in Deutschland, das die Studierenden während ihres Studiums in Deutschland entwicklungsbezogen informiert, motiviert und sie auf ihre Reintegration ins Heimatland/Nachbarland vorbereitet... Auf Wochenendseminaren und Informationsveranstaltungen beschäftigen die Studierenden sich mit entwicklungsrelevanten Themen und können so eine Brücke bauen zwischen ihrem in Deutschland erworbenen Wissen und der Realität in ihren Heimatländern... STUBE gibt es 12 Mal in Deutschland; STUBE Nord richtet sich speziell an Studierende, die an einer Hochschule in den Bundesländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein eingeschrieben sind.“³

8. Einen ganz ähnlichen entwicklungspolitischen Ansatz verfolgen die vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) aufgelegten Stipendien- und Reintegrationsprogramme. Das Stipendienprogramm des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) „unterstützt kirchliche und säkulare Partner in Entwicklungsländern bei der Fortbildung und Qualifizierung ihres Personals. Daher legt der EED Wert darauf, dass die Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Abschluss ihrer Studien in ihr Heimatland zurückkehren und bei der Organisation bzw. Institution arbeiten, die sie für ein Auslandsstudium vorgeschlagen hat. Das Stipendienprogramm des EED fördert weder individuelle Karrieren noch den brain drain, es dient vielmehr der Förderung von Institutionen.“⁴ „Ähnlich wie das Stipendienprogramm zielt auch das Reintegrationsprogramm auf die Förderung von Partnerorganisationen des EED. Die Rückkehrerinnen und Rückkehrer werden an Partner des EED vermittelt, um deren Strukturen zu stärken. Voraussetzung für die Aufnahme in das Reintegrationsprogramm ist daher außer dem Engagement und der Qualifikation der Reintegranten der Bedarf an Fachkräften bei Partnerorganisationen.“⁵ Das Reintegrationsprogramm des EED richtet sich an kirchlich und entwicklungspolitisch engagierte Fachkräfte aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren möchten. Ihnen „ermöglicht das Reintegrationsprogramm

- ihre in Deutschland erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in ihrem Herkunftsland einzubringen,
- sich dort beruflich, wirtschaftlich und sozial wieder einzugliedern (und)
- ihr gesellschaftliches Engagement durch die Mitarbeit bei einer Partnerorganisation des EED in ihrem Herkunftsland fortzusetzen.“⁶

9. In Hinblick auf die Frage, inwiefern die Rückkehr der in Deutschland geförderten Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer für den entwicklungspolitischen Erfolg der hier vorgestellten Fördermaßnahmen als maßgeblich angesehen werden muss, besteht ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den Ansätzen staatlicher und kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit.

10. Die Bundesregierung argumentiert, die Sichtweise, derzufolge als negativer Effekt von Migration die Abwanderung qualifizierter Fach- und insbesondere Pflegekräfte aus Entwicklungsländern in den Norden zu vermeiden sei und Migrantinnen und Migranten nach ihrer Ausbildung in Deutschland wieder in die Herkunftsländer zurückkehren sollten, greift aus mehreren Gründen zu kurz.⁷

³ Angaben und Zitat des Abschnitts stammen von der Homepage der STUBE Nord, Diakonisches Werk Hamburg; Menüpunkt „Stube Nord ist...“; Link: www.stube-nord.de/stube/index.html.

⁴ Rudolf Ficker, Brain Drain und Reintegration – Rückkehr ist der Normalfall, Artikel-Link: www.eed.de/de/de.col/de.col.b/de.sub.24/de.sub.news/de.news.511/index.html

⁵ Ebd.

⁶ Angaben und Zitat stammen von der Homepage des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED); Menüpunkt „Fachkräfte + Stipendien“; Link:

www.eed.de/de/de.col/de.col.b/de.sub.36/de.sub.info/de.info.305/index.html

⁷ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, aaO.

11. Als Argumente für ihre Auffassung macht die Bundesregierung unter Hinweis auf die „systematisch um die besten Köpfe in der Welt“ werbenden USA geltend, dass qualifizierten Fachkräften im Zeitalter der Globalisierung weltweit viele Türen offen (stehen) und Migrantinnen und Migranten auch als Brückenbauer die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen zwei Ländern anregen können.⁸ Zudem stellt die Bundesregierung fest:

„Fehlende Einkommensmöglichkeiten und unsichere Lebensbedingungen im Herkunftsland führen oftmals dazu, dass Menschen unter Inkaufnahme großer Gefahr aus ihren Ländern fliehen. Entwicklung führt jedoch nicht automatisch zu weniger Migration, im Gegenteil: Die Erfahrung zeigt, dass Entwicklung anfangs zu mehr Migration führt. Steigende Einkommen sind nämlich zum Teil überhaupt die Voraussetzung dafür, dass sich Menschen eine Auswanderung leisten können.“⁹

12. Diesen Aussagen stehen die kirchlichen Erfahrungen sowohl mit Migrantinnen und Migranten als auch in der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber:

„Erkenntnis und Wissen sind in einer Zeit, in der weltweit die Wirtschaft und Gesellschaft auf Wissen beruhen und durch Wissen gesteuert werden, wesentliche Ressourcen für die Entwicklung. Ohne entsprechend qualifizierte Fachleute und leistungsfähige Systeme tertiärer Bildung gibt es keine wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung, denn sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt wird hauptsächlich durch Vermehrung des Wissens und durch seine Anwendung erreicht. Akademisch qualifizierte einheimische Fachkräfte sind deshalb unerlässlich für die Gewinnung und Vermehrung, aber auch für die Bewahrung und Sicherung sowie für die Verbreitung und Anwendung von Erkenntnis und Wissen. Weder eine eigenständige Entwicklung noch die Übertragung und Anpassung von Know-how ist ohne Hochqualifizierte vor Ort möglich.“¹⁰

13. Die resümierende Beurteilung der zwischen Staat und Kirche umstrittenen Frage durch den EED zeigt zugleich das eingangs erwähnte durchgehende Profil kirchlicher Erfahrungen und Aktivitäten in Hinblick auf die Möglichkeit von Migrantinnen und Migranten, Beiträge zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer zu leisten:

„Die Förderung der wissenschaftlichen und berufsorientierten Fortbildung von Fachkräften aus Entwicklungsländern unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten, und zwar auch durch Studien in den Industrieländern, vermittelt den geförderten Stipendiatinnen und Stipendiaten und damit auch ihren Heimatländern einen Zugang zur internationalen Forschung, zum Know-how auf den verschiedenen Gebieten des Wissens und zu Schlüsseltechnologien. Dies freilich nur dann, wenn die Mehrzahl der ausgebildeten Fachleute in ihre Heimat zurückkehrt. Deswegen bleibt weiterhin Ziel des EED, dass die geförderten Stipendiatinnen und Stipendiaten in ihre Heimat zurückkehren und dort die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten einsetzen. Deswegen ist die Förderung auch eng an die Partner gebunden und zielt auf die Personalentwicklung und -förderung dieser entwicklungsorientierten Partnerorganisationen in Entwicklungsländern.“¹¹

14. Abschließend möchte ich Ihnen einen vor kurzem im NMZ entwickelten entwicklungspolitischen Handlungsansatz in der Arbeit mit und für Migrantinnen und Migranten vorstellen, der ab 2008 nicht zuletzt aus förderpolitischen Gründen zunächst nur in der Freien und Hansestadt Hamburg zur Umsetzung gelangt.

15. Das NMZ-Referat für Kirchlichen Weltdienst (KWD) verfügt über einen Etat zur Förderung entwicklungspolitisch arbeitender Gruppen im Großraum Hamburg. Der Gesamtetat ist in fol-

⁸ Ebd., Abschnitt „Zuwanderer als Brückenbauer“.

⁹ Ebd.

¹⁰ Rudolf Ficker, aaO.

¹¹ Ebd.

gende Bereiche unterteilt: 1. „Zuschüsse an Dritte“ (Entwicklungspolitische Veranstaltungen im Großraum Hamburg) und 2. „Zuschüsse für die Selbstorganisation von MigrantInnen-Gruppen“.

16. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Etat Nr. 2 „Zuschüsse für die Selbstorganisation von MigrantInnen-Gruppen“ in erheblichem Umfang nicht genutzt wurde. Anträge, die für diesen Bereich eingehen, sind zumeist auf die Einrichtung und Unterhaltung eines Büros ausgerichtet und enthalten in hohem Umfang Mietkosten, deren Bezuschussung nicht den Zielen der KWD-Förderung entspricht, da dies die Gruppen nicht unmittelbar dabei unterstützt, ihre Arbeit zukunftsfähig zu gestalten.

17. In einer Arbeitsgruppe (Anneheide v. Biela -NMZ, Monika Friederich -Eine Welt Netzwerk, Maha Al Asiri -Basis Woge e.V.) wurde ein neues System zur Vergabe von Fördermitteln für Migrantinnen- und Migrantengruppen entwickelt.

18. Besondere Beachtung verdient dabei der Aufbau eines Mentoringsystems. Damit soll auf den steigenden Bedarf der Gruppen reagiert werden, eine Person in die Arbeit einzubeziehen, die nicht nur gute deutsche Sprachkenntnisse, sondern auch hilfreiche Beziehungen in die deutsche Gesellschaft hinein hat: einE MentorIn.

19. Die ehrenamtlichen MentorInnen sollen nach entsprechender Schulung MigrantInnen-Gruppen auf deren Wunsch hin für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren individuell begleiten. An bestehende Freiwilligenprogramme (wie Aktivoli, Freiwilligenzentrum, Ge-Mit etc.) soll dabei bewusst angeknüpft werden.

20. Spezifische Schulungen sowohl für die MentorInnen als auch für die Gruppen des neuen Programms können durch das EWNW und/oder Basis & Woge e.V. erfolgen. Die Kosten des Programms sollen anteilig über KWD-Mittel sowie über Drittmittel finanziert werden. Sowohl das EWNW als auch Basis & Woge e.V. könnten ggf. Antragsteller gegenüber dem KWD sowie anderen Finanzgebern sein.

Kontakt

Nordelbisches Zentrum für Weltmission
und Kirchlichen Weltdienst (NMZ)
im Christian Jensen Kolleg
Pastor Martin Haasler
Kirchenstr. 4
25821 Breklum
Tel.: 04671/9112-22
Fax: 04671/2584
E-Mail: m.haasler@nmz-mission.de

Fragen und Diskussion

Frau Dr. Kausch (GTZ) stellte klar, dass weder das BMZ noch die GTZ die Migration der wohlständigeren Mittelschicht aus Entwicklungsländern fördere. Fakt sei aber, dass Migration nur denen finanziell möglich sei, die bereits ein wenig Wohlstand im Entwicklungsland erreicht haben.

Zudem erklärte Frau Dr. Kausch, dass nicht alle qualifizierten Migrant/-innen in Deutschland in ihr Herkunftsland zurückkehren, sich aber trotzdem für ihre Heimat engagieren wollen. Dies sei eine individuelle Entscheidung, die man nicht beeinflussen will und kann. Die GTZ beabsichtigt diejenigen Migrant/-innen zu fördern, die von Deutschland aus etwas für ihre Heimat tun wollen.

Dr. Timmermann (Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund) ergänzte, dass nicht nur der Bund, sondern auch die Länder Wert auf die Zuwanderung beruflich qualifizierter Migrant/-innen legen. Als Problem hob er hervor, dass hochqualifizierte Auslandsstudenten mit Deutschkenntnissen nach dem Studium nicht in Deutschland arbeiten dürften und deshalb wieder ausreisen würden. An dem dauerhaften Aufenthalt und der Qualifikation dieser Migrant/-innen bestehe aber großes Interesse.

Herr Haasler stimmte seinen Vorrednern zu, unterstrich aber, dass man nicht die deutsche Wirtschaft auf Kosten der Entwicklungsländer fördern dürfe. Wenn dies hinter der Rede von den Potenzialen der Migrant/-innen stehe, dann müsse das wirtschaftliche Interesse auch klar beim Namen genannt werden.

Herr Scheelje (MLUR) bemerkte abschließend, dass man nicht auf die schiefe Bahn kommen und mit Blick auf die Migrant/-innen nur die deutsche Wirtschaft fördern dürfe. Es gelte vielmehr entwicklungspolitisch zu denken und brachliegende Potenziale für die Entwicklungsländer in Deutschland zu fördern.

VI. Diskussion in Arbeitsgruppen

VI.1. Finanzierung von entwicklungspolitischen Diasporaprojekten

(Moderation Norbert Hölcker)

In der Gruppe war man sich einig, dass ein Bedarf an Finanzierungsmöglichkeiten für entwicklungspolitische Aktivitäten der Diasporen besteht.

Viele von der Tagung vermittelte Informationen zu Fördermöglichkeiten (GTZ, InWEnt) sind als neu und nützlich eingestuft worden.

Es wurde der Wunsch geäußert, über die jeweiligen Angebote (Oikocredit, Bingo, Freiwilliges Ökologisches Jahr, GTZ etc.) noch genaueres zu erfahren und hierzu ggf. weitere Tagungen/Treffen zu veranstalten.

Auch eine Zusammenstellung zu Fördermöglichkeiten durch die Tagungsveranstalter, der an alle Tagungsteilnehmer/-innen verteilt werden könnte, wurde erwogen.

Als Orientierung und Ideenquelle zu Fragen der Finanzierung von entwicklungspolitischen Projekten kann eine aktuelle Veröffentlichung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH empfohlen werden: „Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ (Materialband Nr. 21, Bonn 2006).

VI.2. Nichtmonetäre Beratung und Umsetzung von Diasporaprojekten

(Moderation Ulrich Ketelhodt)

Die Diskussion befasste sich im Wesentlichen mit der Rückkehrförderung und dem Wunsch, diese mit Projekten der Entwicklungspolitik zu verknüpfen. Hierfür bedürfen MPB/AWO und die Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte gGmbH vermehrter Information (z.B. in Form einer Datenbank) zu entwicklungspolitischen oder Diasporaprojekten in den Zielländern, die den Rückkehrern behilflich sein könnten. Möglicherweise weiterhelfen können hier die entwicklungspolitischen Landesnetzwerke, die über viele Projekte informiert sind.

Nichtmonetäre Unterstützung für entwicklungspolitische Diasporaprojekte, die mit Aktivitäten der Kommunen verknüpft sind, bietet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH (SKEW). Derzeit sucht die SKEW Modellkommunen, die sich an der Schnittstelle zwischen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora engagieren. Die SKEW bietet kostenlose Beratung vor Ort, eine Begleitung und Unterstützung bei der Projektumsetzung sowie Kontakte zu ihren entwicklungs- und kommunalpolitischen Partnerorganisationen und Netzwerken, national und international.

VI.3. Migration/Integration/Entwicklungszusammenarbeit

(Moderation Dirk Scheelje und Dr. Stefan Wilhelmy)

Ziel des Workshops war, zu einer Klärung des Verhältnisses zwischen spezifischen Maßnahmen zur stärkeren Verknüpfung von Diaspora-Aktivitäten und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit auf der einen Seite und generellen Maßnahmen und Diskussionen zur Integration von Migrant/-innen in den Kommunen auf der anderen Seite beizutragen. Ausgangspunkt hierfür war die im Plenum am Vormittag aufgeworfene Frage, ob zunächst nicht grundlegende Integrationsdefizite wie die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund angegangen werden müssen, um die Potenziale dieser Menschen besser erschließen

zu können. Zugleich ist aber auch festzustellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund spezifisches Know-how für die Zusammenarbeit mit ihren Herkunftsländern mitbringen (wie z.B. Sprache, kulturelle Kompetenzen und Landeskenntnisse), die in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bislang nur unzureichend genutzt werden und dass Verbesserungen in diesem Bereich auch als Teil einer umfassenderen Integration anzusehen sind. Rasch wurde deutlich, dass eine Klärung dieser Fragen nicht im Rahmen des Workshops zu leisten ist. Daher wurde hierzu die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Schleswig-Holstein angeregt.

In der Diskussion wurde diesbezüglich noch einmal auf die Gefahr hingewiesen, dass bei den Diasporen der Eindruck der Instrumentalisierung entstehen kann, wenn sie nicht als handelnde Subjekte wahrgenommen werden, die die kommunale Entwicklungszusammenarbeit aktiv mitgestalten können. Als Ziele entsprechender Maßnahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wurden daher die Teilhabe und die Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund und die Stärkung ihres bürgerschaftlichen Engagements formuliert. Hingewiesen wurde in diesem Kontext auch darauf, dass Instrumente wie das Freiwillige Ökologische Jahr, das Freiwillige Soziale Jahr und der neue entwicklungspolitische Freiwilligendienst auch die Einbindung von Menschen ohne Arbeitserlaubnis (wie z.B. Flüchtlinge) erlauben und sich daraus für junge Menschen erhebliche Chancen durch informelles Lernen ergeben.

Zur Vertiefung dieser Fragestellungen wird eine Vernetzung der Akteure auf Landesebene angestrebt. Als ersten Schritt hierzu wurde eine gemeinsame Veranstaltung von Vertretern des MULR und des Innenministeriums Schleswig-Holsteins mit Vertretern der Städte Kiel und Neumünster, den dort tätigen Migrationsforen, der SKEW/InWEnt gGmbH, der GTZ und weiteren Akteuren vereinbart, die voraussichtlich im November 2007 stattfinden soll.

VII. Das Potential von Diasporagemeinschaften besser ausschöpfen: Instrumente des Bündnisses Eine Welt Schleswig-Holstein

Ulrich Ketelhodt, Vorstand Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI), Kiel

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die Einladung zu dieser interessanten Tagung bedanken. Ich bin immer wieder gern hier in der Umweltakademie, aber heute vielleicht ein letztes Mal. Das bedauere ich sehr. Ich wünsche der Akademie einen guten Weg ohne dieses wunderbare Haus und einen guten Start in Flintbek.

Nach allem, was wir heute schon gehört haben, möchte ich zu Ihnen sprechen als Lobbyist, Vernetzter und Dienstleister der Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein. Damit ist schon etwas von den Aufgaben des „Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein“ beschrieben.

Aber erst einmal von vorne: Das BEI gibt es seit etwa 10 Jahren; das „Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein“ erst seit 2 Monaten. Vormalig stand BEI für „Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen in Schleswig-Holstein“. Das ist ein Zungenbrecher und den wollten wir den Mitarbeitenden nicht mehr zumuten. Neben diesem fürsorglichen Aspekt: mit der neuen Namensgebung haben wir uns der bundesweit eingeführten Begrifflichkeit „Eine Welt“ angepasst: Eine Welt Arbeit ist unser Auftrag als Landesverband mit über 60 Mitgliedsgruppen.

Es hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von inhaltlichen Überschneidungen und von Zusammenarbeit mit der Migrant/-innen- und Flüchtlingsarbeit gegeben; aber es ist verdienstvoll, hier in Schleswig-Holstein beide Themen ausdrücklich zu verknüpfen. Vielen Dank und unsere Anerkennung an die Veranstalter unseres heutigen Treffens.

Die Aufgabenfelder des BEI, nach denen ich auch meine Ausführungen zum gestellten Thema ausrichte, sind:

- für Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene eintreten, also Lobby-Arbeit machen,
- Förderungsinstrumente und Informationskanäle im Land zugänglich machen bzw. aufbauen,
- Projekte für Schleswig-Holstein entwickeln und fördern.

Den heute schon beschriebenen Beispielen für Entwicklungszusammenarbeit könnte ich eine Reihe weiterer Projekte unserer Mitgliedsgruppen hinzufügen. Längst nicht alle Gruppen, die von Migrant/-innen gegründet wurden oder in denen welche mitarbeiten sind Mitglieder des BEI, leider nicht. Immer wieder überrascht mich ein Zeitungsbericht über ein interessantes Projekt einer schleswig-holsteinischen Gruppe, von der ich bis dato noch nichts gehört hatte. Entwicklungszusammenarbeit ist in Schleswig-Holstein eine bunte und dynamische Szene. Da ist es nicht leicht, alle Akteure zu erreichen. Ich komme auf die möglichen Ursachen noch zu sprechen.

Der Dachverband „Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein“, der diese Vielfalt bündelt, hat viele Aufgaben und eine Menge zu bieten: Bei Politik und Verbänden treten wir für eine stärkere Berücksichtigung der Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit ein. Als Landesverband im Konzert mit den übrigen Landesverbänden machen wir uns auf Bundesebene stark.

Zu dieser Lobby-Arbeit gehört auch unsere Öffentlichkeitsarbeit. Unsere Verbandszeitschrift „WeltsichtWeitsicht“ wird von weit über 800 Menschen gelesen. Das Anliegen der Zeitschrift ist es, das Spektrum der Themen und Gruppen der interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Bitte machen Sie sich selber ein Bild davon, ich habe Ihnen die letzten beiden Ausgaben mitgebracht. „WeltsichtWeitsicht“ ist ein bewährtes und eingeführtes Medium: Im Herbst er-

scheint die 76. Ausgabe (in 10 Jahren!) zum Thema „Welternährung“. Ich kann Ihnen anbieten: nutzen Sie diese Zeitschrift für die Bekanntmachung Ihrer Anliegen!

In enger Verknüpfung mit unserer Verbandszeitschrift halten wir die Website des BEI aktuell und informativ. In diesem Jahr ergänzen wir diese beiden Medien mit einem regelmäßigen E-Mail-Newsletter.

Die Veranstaltungen im Lande nutzen wir immer auch, um unsere Mitgliedsgruppen bekannt zu machen; unsere Mitglieder sind unser Kapital, unsere Existenzberechtigung und sie stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir sind im Vorstand auch immer wieder beeindruckt von der Vielfalt und dem Engagement unserer Mitgliedsgruppen. Natürlich sind Gruppen mit Migrant/-innen dabei, aber mir fällt auf: Wir haben bisher die Differenzierung nicht ausdrücklich angewandt, die die heutige Veranstaltung vornimmt. Ich halte diesen Blick auf die Gruppen für sehr anregend und für unseren geplanten Schwerpunkt „Afrika“ im nächsten Jahr werden wir es darauf anlegen, diesen Aspekt fruchtbar werden zu lassen.

Nüchtern betrachtet haben viele Gruppen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, ein konkretes Ziel, für das alle Aktivitäten Mittel zum Zweck sind: Sie wollen zur Förderung ihrer Projekte in den Entwicklungsländern möglichst viel Geld einwerben. Das BEI unterstützt die angesprochene Öffentlichkeitsarbeit, aber vor allem die Beratung der Gruppen, wie sie Fördermittel akquirieren können. Es gibt ein Bündel von Förderinstrumenten im Land und bundesweit, die ich Ihnen hier nicht aufzählen und beschreiben kann. Wer sich beraten lässt, kommt auf Ideen, spart sich eine Menge Mühe und Frustration beim Bearbeiten der zum Teil umfangreichen Anträge und hat am Ende wohl auch noch mehr für sein Anliegen herausgeholt. Ich denke, diese Unterstützung des BEI bei der Beschaffung von Fördermitteln ist das interessanteste Angebot an alle Gruppen der Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein; auch für die, die in dieser Veranstaltung im Fokus stehen.

Ich komme nun zu unserem dritten Handlungsfeld (Entwicklung und Förderung von Projekten in Schleswig-Holstein). Die Gruppen stecken unserer Erfahrung nach alle Energie in ihr besonderes Vereinsanliegen mit dem notwendigen Wunsch nach Profilierung und dem begrenzenden Faktor ehrenamtlicher Kraft. Zusammenarbeit mit anderen Gruppen steht da in einem gewissen Zielkonflikt. Das halte ich für eine der Ursachen dafür, dass es recht schwierig ist, alle Akteure zu erreichen oder sogar zusammenzufassen. Da ist es gut, wenn wir als Dachverband mit dem Angebot von Veranstaltungen und Projekten vernetzen wollen. Dafür gibt es eine Reihe guter Beispiele, die das BEI angestoßen oder gefördert hat. Auch dazu empfehle ich Ihnen einen Blick in die Ausgaben von „WeltsichtWeitsicht“.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich Ihnen ein Musterbeispiel vorstellen: das BEI-Projekt „Schule à la Carte“, das u.a. Lehrer/-innen unterschiedlichster Schulen mit Referent/-innen aus der Entwicklungszusammenarbeit in Kontakt bringt. Einige von den Referent/-innen sind Migrant/-innen; aber schauen Sie selbst, falls Sie die blauen Kästchen noch nicht kennen. Diese Angebote werden von den Schulen in unserer Geschäftsstelle nachgefragt. Frau Hackmann, die heute moderiert, ist die Projektleiterin. Mit diesem Projekt ist ein Themen- und Kontaktwissen zusammengetragen worden, dass sicher mit Gewinn und stärker als bisher von Kommunen, Gruppen und Initiativen genutzt werden kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt

Ulrich Ketelhodt
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
Papenkamp 62,
24114 Kiel
Tel.: 0431/66 14 532
E-Mail: UKetelhodt@bei-sh.org
www.bei-sh.org

VIII. Pinnwand „Suche/Biete“

Moderatorin Heike Hackmann hat zu Anfang der Tagung eine Pinnwand aufgestellt, auf der die Vernetzungswünsche der teilnehmenden Akteure für eine bessere Verknüpfung von Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit festgehalten werden sollten. Am Ende der Tagesordnung fanden sich hier folgende Vernetzungswünsche:

Suche:

1. Dt.-Ghanaesicher Entwicklungshilfeverein, Rose Sekoh, sucht Spender, Informationen, Partnerschaften oder NRO, die in ähnlichen Projekten arbeiten sowie Unterstützung, Kooperation, Sonstiges im Bereich Projektförderung.
2. Hans Baumann-Rivadeneira sucht Praktikanten im Bereich Tourismus, Lehmbau in NW Argentinien (Kontakt: lehmbaumann@web.de).
3. BEI sucht Informationen, Unterstützung, Kontakte, Treffen einzelner Vereine.
4. FÖJ-Betreuungsstelle sucht junge Freiwillige mit Migrationshintergrund für ein freiwilliges ökologisches Jahr (Kontakt: Hinrich Goos, FÖJ-Betreuungsstelle, Koppelsberg 1, D-24306 Plön, Tel.:+49-(0)4522-507187, goos@oeko-jahr.de).
5. Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM), Benjamin Wösten, sucht Arbeitgeber, die in Entwicklungs- oder Schwellenländern aktiv sind und Kontakte zu rückkehrinteressierten Migrant/-innen.

Biete:

1. Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM), Benjamin Wösten, bietet finanzielle Förderung, Information und Beratung von rückkehrinteressierten MigrantInnen.
 2. Özlem Ünsal, Integrationszentrum Ost, AWO Kiel, bietet Diaspora-Initiativen die Möglichkeit, sich im Migrationsforum Kiel vorzustellen.
 3. Hans Baumann-Rivadeneira (lehmbaumann@web.de) bietet Informationen zu Argentinien.
-

IX. Resümee und Ausblick

Dirk Scheelje, MLUR, Kiel

Mit einem herzlichen Dank an alle Referent/-innen und Teilnehmer/-innen hob Herr Scheelje drei Ergebnisse der Veranstaltung hervor:

Erstens: Die Veranstaltung hat große Schnittmengen zwischen den Themen Integration und Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel der Aktivitäten der Diaspora deutlich werden lassen. Ebenso sind auch die Grenzen einer konstruktiven Verknüpfung der Themenfelder durch kritische Einwürfe klar geworden: nämlich dort, wo der Nutzen der Diaspora zu Lasten der Migrant/-innen oder ihrer Herkunftsländer gesucht wird.

Zweitens: Es ist möglich mit Hilfe von GTZ, InWEnt, dem entwicklungspolitischen Freiwilligendienst des BMZ u.a. Organisationen konkrete Diasporaprojekte zu realisieren.

Drittens: Die Veranstaltung eröffnet einen neuen Zugang für Kommunen zum Thema Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Gerade in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit ergeben sich neue Synergien: Als gute Adressaten für die Zusammenarbeit mit der Diaspora erscheinen die Integrationsämter in den Kommunen, denn sie könnten ein Hauptproblem der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, den Mangel an Personal und Zeit, abmildern.

X. Zusammenfassung des Seminars

Ziel der Veranstaltung war es, einen neuen Ansatz in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) zu debattieren und vorzubereiten: namentlich, die KEZ mit den Aktivitäten der Diaspora für ihre Herkunftsländer zu gegenseitigem Nutzen zu verbinden. Diesem Ansatz liegt eine politische Perspektive zu Grunde, die in Bezug auf die Süd-Nord-Migration und die Integration von Migrant/-innen in Deutschland die positiven Potenziale hervorhebt. Gestützt wird diese Perspektive durch das noch junge Wissen um den stetig wachsenden Beitrag zur weltweiten Armutsbekämpfung, den Migrant/-innen durch Rücküberweisungen, Know-how-Transfer (brain gain), interkulturelle Kompetenz und internationale Kontakte für ihre Herkunftsländer leisten sowie dem Wissen darum, dass dieser Beitrag umso größer ist, je besser Migrant/-innen in ihren Zielländern integriert sind. Diese Zusammenhänge legen nahe, dass eine Vernetzung von Diaspora und KEZ in dreifachem Sinne positiv wirken kann: für die Entwicklung der Herkunftsländer, für die Entwicklung der deutschen Kommunen und ihrer Nord-Süd-Arbeit sowie für die Integration der Migrant/-innen.

Als ein erstes wichtiges Ergebnis hat das Seminar gezeigt, dass an der Vernetzung von Diaspora und KEZ seitens der schleswig-holsteinischen Teilnehmer/-innen großes Interesse besteht. Sowohl der Deutsch-Ghanaische Entwicklungshilfeverein aus Kiel und die Rückkehrerförderung der Arbeiterwohlfahrt aus Neumünster als auch die Städte Kiel, Neumünster und Lübeck erwägen zur besseren Erreichung ihrer Ziele den Brückenschlag zwischen Integrations-, Migrations- und Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren.

Dies ist ein voraussetzungsvoller Prozess, der, unabhängig von konkreten Projekten, u.a. folgende Problemquellen systematisch angehen muss:

1. bei den etablierten Akteuren der KEZ weitere Überzeugungsarbeit für eine positive Perspektive auf Migration und Migrant/-innen leisten;
2. Hindernisse innerhalb der Diasporagruppen berücksichtigen bzw. abbauen, die zum Beispiel mit Mentalitätsfragen oder auch mit fehlender Professionalisierung der Diasporavereine zusammen hängen können;
3. interkulturelles Verständnis zwischen Diaspora und anderen Kommunalakteuren durch Schulungen verbessern;
4. die Interessen der Herkunftsländer stets in den Mittelpunkt einer Vernetzung von Diaspora und KEZ stellen und jede Form der Instrumentalisierung der Migrant/-innen vermeiden.

Um in diesem Sinne die Potenziale der Diaspora entwicklungspolitisch zu stärken und Kommunen neue Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Integrations- und Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen, haben im Rahmen des Seminars einige Organisationen Beratungs- und Unterstützungsangebote unterbreitet. Zu nennen sind hier zuvorderst die Angebote

- der SKEW/InWEnt: deutschlandweite entwicklungspolitische und konzeptionelle Beratung und Vernetzung von Kommunen und Migrantengruppen im Rahmen eines Modellprojektes;
 - des Landes Schleswig-Holstein: das im Themenfeld der Entwicklungszusammenarbeit als Scharnier zwischen Bundesebene und Kommunen fungiert und innerhalb des Landes Prozesse moderiert;
 - der GTZ: Unterstützung entwicklungspolitischer Projektaktivitäten der Diaspora in ihren Herkunftsländern;
 - des Nordelbischen Zentrums für Weltmission und kirchlichen Weltdienst: Begleit- und Reintegrationsprogramm für afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Studentinnen und Studenten sowie Besuchung/Mentoring für Migrantengruppen;
-

- des Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI): Vernetzung und Beratung von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Schleswig-Holstein.

Im Einzelnen sind diese Angebote in den dokumentierten Vorträgen sowie, ergänzt um weitere in den Diskussionen benannte Optionen, im Anhang erläutert.

Wie u.a. durch die Vorträge der Mobilen Flüchtlingsberatung Neumünster verdeutlicht wurde, ergeben sich bei einer mit der Diaspora vernetzten KEZ Schnittmengen zur Integrations- und Flüchtlingsarbeit, die es als Partner in die Abstimmungs- und Annäherungsprozesse zwischen Diaspora und KEZ einzubinden gilt.

Auch wenn die entwicklungspolitische Ausrichtung des Seminars sowie vieler darin unterbreiteter Angebote eindeutig ist, gilt es, die Zusammenhänge zur Integrations- und Innenpolitik anzuerkennen. Grundvoraussetzung dafür, dass eine Diaspora etwas für ihr Herkunftsland erreichen kann, ist eine gelingende Integration. Erst aus der Anerkennung, den Bildungschancen, der Ausbildung und Arbeitstätigkeit von Migrant/-innen in Deutschland erwachsen deren Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit.

XI. Weitere Fördermöglichkeiten und Ansprechpartnern für entwicklungspolitische Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein

BINGO! - Projektförderung im Bereich Entwicklungszusammenarbeit in Schleswig-Holstein:

Die BINGO! - Projektförderung arbeitet im Auftrag der Landesregierung Schleswig-Holstein. Das Aufkommen von "BINGO! Die Umweltlotterie" der NordwestLotto Schleswig-Holstein stellt die Landesregierung für die Verwirklichung von Umwelt- und Entwicklungsprojekten zur Verfügung.

Entwicklungspolitische Projekte von Migrantinnen und Migranten können unterstützt werden, wenn u.a. folgende Rahmenbedingungen erfüllt sind:

- eine in Schleswig-Holstein ansässige, als gemeinnützig anerkannte und in der Entwicklungszusammenarbeit erfahrene Organisation (z.B. Verein, kirchliche Einrichtung) ist Antragsteller und verantwortlicher Träger des Vorhabens,
- eine erfahrene Partnerorganisation im jeweiligen Herkunftsland kann eine zielführende Projektumsetzung gewährleisten,
- Projektziele und –ergebnisse werden in Schleswig-Holstein öffentlichkeitswirksam kommuniziert.

Informationen:

- Walter Schadt, Telefon 04933-9911-19. E-Mail: schadt@projektfoerderung.de
- Christina Groth, Telefon 04933-9911-16, E-Mail: groth@projektfoerderung.de
Mühle Westeraccum
26553 Dornum
Internet: www.projektfoerderung.de

Oikocredit, Darlehen für entwicklungspolitische Projekte

Oikocredit vergibt Mikrokredite an Entwicklungsprojekte im Süden, die benachteiligten und ausgegrenzten Menschen zugute kommen. Die Darlehen von Oikocredit werden über ein Netz von Regionalstellen zum Einsatz gebracht, die in Lateinamerika, Asien, Afrika, und Mittel- und Osteuropa arbeiten und mit einheimischen Fachkräften besetzt sind.

Oikocredit finanziert u.a. Genossenschaften oder kleine und mittelständische Unternehmen in Landwirtschaft, Handel, Dienstleistungssektor und Industrie.

Wenn Sie eine Genossenschaft, ein Finanzvermittler, ein kleines oder mittelständisches Unternehmen, eine Fairhandelsorganisation oder NRO in einem der Schwerpunktländer sind, die erforderlichen Kriterien erfüllen und einen Geschäftsplan haben, der den ethischen Werten von Oikocredit entspricht, erfüllen Sie möglicherweise die Darlehenskriterien. Wenn Ihr Projekt wirtschaftlich tragfähig ist, fördert ein Darlehen die nachhaltige Entwicklung in Ihrer Gemeinschaft. Oikocredit hält es aber für wichtig, dass ein Darlehen auf den Bedarf des Projekts abgestimmt ist. Wenn die Darlehenssumme Ihren tatsächlichen Bedarf übersteigt, könnte der Kredit zu einem Mühlstein um ihren Hals werden, anstatt ein Sprungbrett in eine bessere Zukunft zu bieten. Deshalb begleiten Regionalstellen alle Projekte intensiv. Wenn es Probleme gibt, arbeitet die Regionalstelle gemeinsam mit Ihnen an einer Lösung.

Informationen unter: www.oikocredit.org

Teilnahme für AusländerInnen an einem FÖJ in Schleswig-Holstein und Einsatzstellen im Ausland

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) ist ein ökologisches Bildungsjahr, das jungen Menschen praktische Einsatzmöglichkeiten im Natur- und Umweltschutz in Schleswig-Holstein bietet.

Das FÖJ eröffnet auch jungen Menschen aus dem Ausland die Möglichkeit, für ein Jahr an einem Projekt in Schleswig-Holstein teilzunehmen. Denkbar wäre eine Bewerbung von jungen Menschen aus Orten, in denen entwicklungspolitische Projekte mit Bezug zu Schleswig-Holstein umgesetzt werden.

Es können über das FÖJ auch Einsatzstellen im Ausland eingerichtet werden. Hierfür kämen auch Orte im Ausland in Frage, die bereits einen entwicklungspolitischen Bezug zu Schleswig-Holstein haben.

Informationen:

Nordelbisches Jugendpfarramt
- FÖJ-Betreuungsstelle, Herr Hinrich Goos -
Koppelsberg 1
24306 Plön
Telefon 04522 / 507 - 180
E-Mail Info@oeko-jahr.de
Internet www.oeko-jahr.de

Weltwärts

Derzeit sind auch Projekte im Rahmen des entwicklungspolitischen Freiwilligenprogramms „Weltwärts“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Aufbau begriffen. Dieses steht auch jungen Menschen mit Migrationshintergrund offen, die an einem Projekt in der Einen Welt teilnehmen können.

Allgemeine Informationen: www.weltwaerts.de

Informationen:

Nordelbisches Jugendpfarramt
Herr Bernd Witzke
Koppelsberg 5
24306 Plön
Tel.: 04522/507-134
E-Mail: bwitzke@koppelsberg.de

Anhang

Programm des Seminars am 28.08.2007: Diaspora – Potenziale von Migrantinnen und Migranten in deutschen Kommunen für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer nutzen

| | | |
|-------------------|--|---|
| 09:30 – 09:40 Uhr | Begrüßung Dirk Scheelje, MLUR, Kiel | Anette Windmüller, ARGE der Hansestadt Lübeck |
| 09:40 – 10:00 Uhr | Kennenlernen der Teilnehmenden Heike Hackmann, Moderatorin, Kiel | 15:00 – 15:45 Uhr Leitbilder, Erfahrungen und Erwartungen in den Kommunen Diskussion in Arbeitsgruppen Heike Hackmann |
| 10:00 – 10:45 Uhr | Einführung ins Thema: Zusammenhänge zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora Dr. Stefan Wilhelm | 15:45 – 16:15 Uhr Auswertung und Kaffeepause |
| 10:45 – 11:00 Uhr | Kaffeepause | 16:15 – 16:45 Uhr Das Potenzial von Diasporagemeinschaften besser ausschöpfen: entwicklungspolitische Instrumente für Kommunen und Initiativen in Schleswig-Holstein Ulrich Ketelhodt, Vorstand Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen in Schleswig-Holstein e. V. (B.E.I.), Kiel |
| 11:00 – 11:45 Uhr | Migration und Entwicklungspolitik – Praxisbeispiel aus Schleswig-Holstein Rose Sekoh, Deutsch-Ghanaischer Entwicklungshilfeverein e.V., Kiel | 16:45 – 17:00 Uhr Resümee und Ausblick Dirk Scheelje, MLUR, Kiel |
| 11:45 – 12:30 Uhr | Migranten und Entwicklungszusammenarbeit - kirchliche Aktivitäten und Erfahrungen, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und Synergien zwischen Kirche und Kommune Martin Haasler, Kirchlicher Weltdienst - Christian Jensen Kolleg, Breklum | Feedback Heike Hackmann |
| 12:30 – 13:30 Uhr | Mittagessen | 17:00 Uhr Ende der Veranstaltung |
| 13:30 – 14:15 Uhr | Die Zusammenarbeit mit Migranten und Migrantenvereinigungen in der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung Dr. Irina Kausch, Projektkoordinatorin „Migration und Entwicklung“, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn | |
| 14:15 – 15:00 Uhr | Rückkehrerförderung und Entwicklungszusammenarbeit – Potentiale für Kommunen und Migranten in der kommunalen Praxis Michael Treiber, Landeskoordinator AWO - Mobile Perspektivberatung (MPB) | |

Liste der Seminarteilnehmer/-innen:

| NAME | INSTITUT | PLZ/ORT |
|---------------------------------------|--|--------------------|
| Akbaba, Hayal | Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. | 24143 Kiel |
| Band, Joachim | CJD Eutin | 23701 Eutin |
| Baumann-Rivadeneira, Hans | | 24106 Kiel |
| Blasberg, Gerhard | Bürgermeister der Stadt Glückstadt | 25348 Glückstadt |
| Bollrich, Elisabeth | Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte gGmbH | 10267 Berlin |
| Dallek, Andrea | Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein | 24143 Kiel |
| Daume, Heike | | 22765 Hamburg |
| Prof. Dr. Dietzel-Papakyriakou, Maria | Universität Duisburg-Essen - Fachbereich Bildungswissenschaften | 45141 Essen |
| Döhring, Torsten | Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages - Flüchtlingsbeauftragter | 24105 Kiel |
| Eraslan, Yesim | Sprungtuch e. V. | 23552 Lübeck |
| Esfandiari, Solmaz | Sprungtuch e. V. | 23552 Lübeck |
| Feldmann, Florin | | 24114 Kiel |
| Freese, Sabina | Deutsch Philipinische Gesellschaft e. V. | 24103 Kiel |
| Freiling, Karin | Caritas-Migrationssozialberatung | 25524 Itzehoe |
| Goos, Hinrich | FÖJ-Betreuungsstelle des Jugendpfarramtes der NEK | 24306 Plön |
| Hauschildt, Juni-Magret | Förderverein "Dat ole Hus" Kulturdenkmal im Naturpark Aukrug | 24613 Aukrug |
| Held, Ulrich | InWEnt gGmbH - Servicestelle Kommunen in der Einen Welt | 10245 Berlin |
| Inci, Sami | AWO Landesverband SH e. V. - JugendMigrations-Dienst Neumünster | 24534 Neumünster |
| Knörnschild, Susanne | Grone-Bildungszentrum Schleswig-Holstein gGmbH | 23554 Lübeck |
| Kummetz, Herbert | Oikocredit Förderkreis Norddeutschland e. V. | 24768 Rendsburg |
| Lawrenz, Birgit | Amt für Familie und Soziales - Referat für Migration | 24116 Kiel |
| List, Kiyati | AWO Landesverband SH e. V. - Migrationserstberatung Norderstedt | 22844 Norderstedt |
| Dr. Lücke, Matthias | Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel | 24105 Kiel |
| Lüschow, Frank-R. | | 24214 Tüttendorf |
| Rai, Mareile | Freundeskreis Nepal e. V. | 24103 Kiel |
| Rai, Youba | Freundeskreis Nepal e. V. | 24103 Kiel |
| Rau, Dieta | FIT - Verein | 23843 Bad Oldesloe |
| Schmidt, Siegmund | CJD Eutin | 23701 Eutin |
| Schulz, Lothar | Stadtverwaltung Geesthacht | 21500 Geesthacht |
| Schwarz, Andreas | DLZ Neumünster - ARGE der Agentur für Arbeit und der Stadt Neumünster | 24534 Neumünster |
| Shimeles, Tassew | Internationale Gärten | 37130 Gleichen |
| Stadthaus, Passie | FIT - Verein | 23843 Bad Oldesloe |
| Streichert, Ina | Stadt Norderstedt - Agenda Büro | 22846 Norderstedt |
| Thomsen, Manfred | Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein GmbH - NL Neumünster | 24354 Neumünster |
| Dr. Timmermann, Andreas | Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund | 10117 Berlin |
| Ünbal, Özlem | AWO Kreisverband Kiel e. V. - IntergrationsCenter Ost | 24143 Kiel |
| Vavros, Olav | SBB Kompetenz gGmbH | 22844 Norderstedt |
| Winkler, Sünje | | 22607 Hamburg |

| | | |
|------------------|--|-------------------------|
| Wösten, Benjamin | Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) | 60325 Frankfurt am Main |
| Zempel, Claudia | Städteverband Schleswig-Holstein | 24105 Kiel |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------------------|--|
| ARGE | Arbeitsgemeinschaft der Agentur für Arbeit, Lübeck |
| AWO | Arbeiterwohlfahrt, Verband |
| BEI | Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein |
| BMZ | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| CIM | Centrum für Internationale Migration und Entwicklung |
| CM | Case-Management-Verfahren |
| EED | Evangelischer Entwicklungsdienst |
| EKD | Evangelische Kirche in Deutschland |
| EZ | Entwicklungszusammenarbeit |
| FÖJ | Freiwilliges Ökologisches Jahr |
| GTZ | Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit |
| GÜB | Grenzübertrittsbescheinigung |
| IL | Industrieländer |
| InWEnt | Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH |
| IOM | Internationale Organisation für Migration |
| KED-Mittel | Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst |
| Kommunale EZ/ KEZ | Kommunale Entwicklungszusammenarbeit |
| KWD | Kirchlicher Weltdienst |
| MIDA | Migration for Development in Africa |
| MLUR | Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Schleswig-Holstein |
| MPB | Mobile Perspektivenberatung, AWO-Landesverband Schleswig-Holstein |
| NMZ | Nordelbisches Zentrum für Weltmission und kirchlichen Weltdienst |
| NRO/NGO | Nichtregierungsorganisation |
| ODA | Official Development Assistance/ Staatliche Entwicklungshilfe |
| OECD | Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| SBB | Stiftung für Berufliche Bildung |
| SKEW | Servicestelle Kommunen in der Einen Welt |
| STUBEN | Studierendenbegleitprogramme |
| UNHCR | Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen |
| WUS | World University Service |
| ZIRF | Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung |

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005.
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007.
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
-

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006.
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23.: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten.
-

- Nr. 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
 - Profil der Servicestelle [Englisch und Deutsch]
 - Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
 - Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
 - CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
 - Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
 - Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
 - UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
 - Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
 - No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
 - Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.
-

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007.
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

***InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung
gmbH***

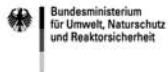
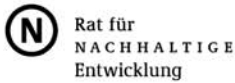
InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gmbH steht für Personal- und Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Ihre Angebote richten sich an Fach- und Führungskräfte und an Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und erreichen jährlich rund 55.000 Personen.

Die Programme und Maßnahmen von InWEnt zielen darauf, Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen zu fördern: Sie stärken individuelle Handlungskompetenzen, erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene. Das methodische Instrumentarium ist modular verfügbar und wird den jeweiligen Anforderungen lösungsgerecht angepasst. Neben face-to-face-Situationen in Bildungs-, Austausch- und Dialogveranstaltungen nimmt die Vernetzung durch E-Learning einen breiten Raum ein. Die Partner von InWEnt sitzen gleichermaßen in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern.

Gesellschafter von InWEnt sind die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die deutsche Wirtschaft und die Länder.

InWEnt entstand in 2002 durch die Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 0
Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1766
www.inwent.org



Die Servicestelle in der InWent gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund,

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und Deutsche UNESCO-Kommission e.V.